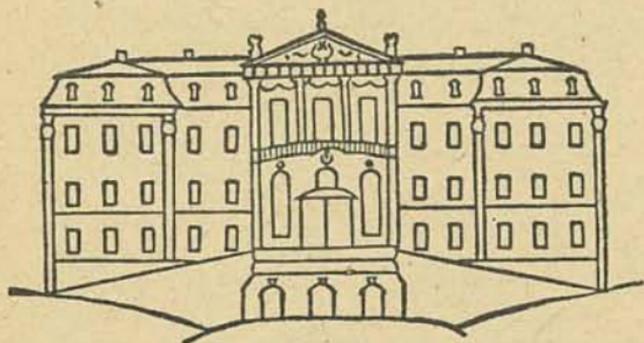


Hefte aus Burgscheidungen

Rolf Börner

Die Verantwortung der Christen
bei der Lösung der nationalen Frage
in Deutschland



80

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“
in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union

Hefte aus Burgscheidungen

Rolf Börner

**Die Verantwortung der Christen
bei der Lösung der nationalen Frage
in Deutschland**

1962

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“
in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Die nationale Verantwortung des Christen	6
II. Die Haltung der Christen und der Kirchen gegenüber der nationalen Frage in der Vergangenheit	7
III. Die antinationale Haltung reaktionärer Kirchenleitungen in der Gegenwart	17
IV. Bewußtes christliches Handeln in nationaler Verantwortung	27

Das Dokument des Nationalrats der Nationalen Front „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands“ ist von grundlegender Bedeutung für das Verständnis der nationalen Frage in Deutschland. Es weist den verhängnisvollen Einfluß des deutschen Imperialismus und Militarismus, des Hauptfeindes der deutschen Nation, auf die Entwicklung unseres Vaterlandes bis zur Gegenwart nach. Dabei wird festgestellt:

„Der unversöhnliche Widerspruch zwischen den friedlichen Interessen der großen Mehrheit des deutschen Volkes und den Profit-, Raub- und Eroberungsinteressen seiner herrschenden Klassen bestimmte den Leidensweg der deutschen Nation in ihrer neueren Geschichte.

Jetzt stehen die friedliebenden Kräfte des Volkes in Ost und West – gestützt auf den ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staat, unsere Deutsche Demokratische Republik – den imperialistischen und militaristischen Kräften gegenüber, die Westdeutschland noch beherrschen.“¹⁾

Beim Studium dieses Dokuments werden folgende Erkenntnisse deutlich:

Das Wesen der nationalen Frage in Deutschland besteht nicht in der gegenwärtigen Spaltung Deutschlands, sondern in der Gefährdung der Existenz der deutschen Nation durch den Imperialismus und Militarismus in Westdeutschland. Es gilt daher heute, den Grundwiderspruch zwischen den Lebensinteressen der Arbeiterklasse sowie der ganzen Nation einerseits und der Ausbeutungs- und Kriegspolitik der Imperialisten andererseits zu lösen. Dabei ist die Tatsache von entscheidender Bedeutung, daß die nationale Frage in einem Teil Deutschlands, in der Deutschen Demokratischen Republik, gelöst worden ist. Die endgültige Lösung der nationalen Frage in Deutschland ist nur möglich durch die Befreiung ganz Deutschlands vom Imperialismus. Deshalb ist es erforderlich, daß wir die Entwicklung unserer Republik nicht von dem Tempo der Klassenauseinandersetzungen in Westdeutschland abhängig machen, sondern im Gegenteil durch die Stärkung und Festigung der DDR auf wirtschaftlichem, politischem,

¹⁾ „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands“. Als Broschüre herausgegeben vom Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Berlin 1962, S. 5/6

kulturellem und militärischem Gebiet den Gesetzmäßigkeiten unserer nationalen Entwicklung zum Durchbruch in ganz Deutschland verhelfen.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die nationale Frage stets zugleich eine Klassenfrage ist. Die Herausbildung der bürgerlichen Nation hat in Deutschland wie in anderen Ländern die Klassenspaltung der Gesellschaft nicht aufgehoben. Die geschichtlichen Erfahrungen haben gezeigt, daß die Bourgeoisie nicht in der Lage ist, die nationale Frage zu lösen. Das zeigt sich gerade heute angesichts der antinationalen Politik der Bonner Imperialisten und Militaristen. Angesichts dieser Tatsachen besteht kein Zweifel, daß die nationalen und sozialen Fragen unseres Volkes nur unter der Führung der Arbeiterklasse gelöst werden können. Eine Haltung, die auf eine angebliche „Klassenneutralität der Nation“ hinausläuft, die letzten Endes – parallel zu der Propaganda eines „dritten Weges“ – den Feinden der Nation, den Kräften des westdeutschen Imperialismus. Ein „Wandern zwischen zwei Welten“ ist heute unmöglich geworden.

Das Dokument ist – wie für jeden Deutschen – auch für den Christen von großer Bedeutung, denn es „fordert uns Christen zur Parteinahme für die Sache unseres Volkes, für die Sache des Friedens und des Sozialismus auf“.²⁾ So kennzeichnete es das Präsidium des Hauptvorstandes der Christlich-Demokratischen Union auf seiner X. Hauptvorstandssitzung auf der Wartburg. In diesem Zusammenhang ist es interessant, welche Haltung die Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland in der Vergangenheit eingenommen haben und in der Gegenwart beziehen. Diese Problematik soll im vorliegenden Heft näher untersucht werden.

I. Die nationale Verantwortung des Christen

Der Christ ist aus seiner Verantwortung vor Gott und der Menschheit gerufen, in der Welt im Geiste der Nächstenliebe und der Brüderlichkeit tätig zu sein und aktiv zur Erhaltung und Festigung des Friedens beizutragen. Das kam z. B. auch auf der Dritten Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Neu-Delhi deutlich zum Ausdruck. In dem Brief des Weltkirchenrates an die Gemeinden Jesu in aller Welt heißt es dazu:

„Es gibt für die Christen keine dringendere Aufgabe, als auf Gemeinschaftssinn in den Nationen und auf Frieden in Gerechtigkeit und Freiheit zwischen den Nationen gemeinsam hinzuarbeiten, damit die Ursachen vielen gegenwärtigen Elends von Grund auf beseitigt werden. ... Wir müssen lernen, auch durch weltliche Organisationen zum Dienst an den Menschen einen christlichen Beitrag zu

leisten. Christliche Liebe fordert nicht nur das Mitteilen weltlicher Güter, sondern hohen persönlichen Einsatz.“³⁾

Daraus ergibt sich, daß der Christ seiner Mitverantwortung für das Schicksal seiner Nation und die Zukunft seines Volkes nicht entgehen werden kann, daß die Praktizierung seines Glaubens vielmehr seinen ganzen Einsatz für das Schicksal der Nation erfordert.

Sehr viele christliche Bürger unseres Staates haben schon erkannt, daß die Deutsche Demokratische Republik auch in nationaler Hinsicht der einzig rechtmäßige deutsche Staat ist; denn die Politik unserer Republik, die mit den Entwicklungsgesetzen unserer Epoche übereinstimmt, entspricht den nationalen Interessen und dem Friedensverlangen unseres ganzen Volkes. Damit entspricht sie zugleich den Friedensbestrebungen und dem nationalen Verantwortungsbewußtsein aller aufrechten Christen, die eine glückliche, friedliche Zukunft unseres Volkes erstreben und an ihr mitbauen wollen. Aus diesem Grunde ist es für die Christen notwendig, unsere Republik auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens – ökonomisch, politisch, militärisch und kulturell – stärken und festigen zu helfen. Deshalb ist der Platz aller Christen im Ringen um die nationale Wiedergeburt Deutschlands an der Seite der Arbeiterklasse und unter deren Führung gemeinsam mit allen demokratischen und patriotischen Kräften in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Diese Einheit und Geschlossenheit aller demokratischen und patriotischen Kräfte gewährleistet eine erfolgreiche Lösung der nationalen Frage im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts, die Schaffung eines friedliebenden, demokratischen Staates mit sozialistischer Perspektive.

Wir haben erkannt: Die nationale Frage ist stets zugleich eine Klassenfrage. Die Klassengegensätze durchziehen auch die Christenheit und die Kirchen. Deshalb ist der aufrechte Christ heute gerufen, sich auf die Seite der Arbeiterklasse zu stellen und die antinationale Haltung reaktionärer kirchlicher Kreise im Dienste des Imperialismus und Militarismus zu entlarven. Hierbei soll der Christ die Lehren aus der Geschichte berücksichtigen und aus der Haltung der Kirchen gegenüber der Nation die richtigen und notwendigen Schlüsse ziehen.

II. Die Haltung der Christen und der Kirchen gegenüber der nationalen Frage in der Vergangenheit

Die bürgerliche Revolution 1848/49 war eine große Chance für das deutsche Volk, sich zu einer friedliebenden, demokratischen Nation zu entwickeln. Die Hauptrolle in dieser Revolution spielten die Volksmassen; sie blieb aber unvollendet und scheiterte durch den Verrat der liberalen Bourgeoisie am Volke. Sie und das Kleinbürgertum nahmen eine

²⁾ „Neue Zeit“ Nr. 111 vom 15. Mai 1952, S. 3

³⁾ „Die Zeichen der Zeit“ Heft 2–3/1962, S. 41/42

schwankende und unentschlossene Haltung ein und ermöglichen dadurch den Sieg der feudalen Dynastien und des reaktionären Junkertums. Das Proletariat war noch nicht genügend entwickelt und organisiert, um erfolgreich und entscheidend den Kampf gegen die Kräfte der Reaktion aufnehmen zu können.

So zwiespältig und schwankend wie die Bourgeoisie war auch die Haltung der Kirchen. Das wird deutlich an der Beerdigungsfeier für die 183 gefallenen Berliner Barrikadenkämpfer des 18. März 1848. An diesem Trauerzug beteiligten sich alle Berliner Pfarrer bis auf einen, an der Spitze der Hofprediger Strauß im Ornat. Die Traueransprache hielt der Pfarrer Adolf Sydow, ein Schüler Schleiermachers. Er rief in seiner Predigt den Angehörigen zu:

„Laßt uns bedenken, daß die Gefallenen mit ihrem Blut uns, den Überlebenden, die erhabensten Güter versiegelt haben, für die das Leben eines Menschen kein zu hoher Preis ist.“⁴⁾

Damit aber war der revolutionäre Elan auch schon erloschen, und Sydow kam am Schluß seiner Predigt zu der Konsequenz:

„Scharen wir uns darum in treuem vaterländischem Sinn um unseren treuen König.“

Zugleich zeigte sich aber, daß die maßgebenden kirchlichen Kreise eine Position einnahmen, die im Dienste der Konterrevolution stand, eine Tatsache, die uns nicht verwundert, wenn wir uns daran erinnern, wie sehr gerade in Deutschland die Kirchen an die feudalen Dynastien gebunden waren.

Auf dem Berliner Invalidenfriedhof sprach bei der Feier für die gefallenen Soldaten der Garnisonpfarrer Ziche und schloß mit dem Aufruf zur Versöhnung, wonach sich – nach der Berliner Revolutionschronik – Zivilisten und Militär brüderlich die Hände reichten.

Sehr bald danach bestimmten wieder ausgesprochen orthodoxe und konservative Kreise die Haltung der Kirche zu den revolutionären Ereignissen dieser Jahre. Obwohl die Bewegung einen ausgesprochen bürgerlichen Charakter – auch unter Wahrung christlicher Formen – trug, betrachteten diese Kreise die Revolution als Ausdruck des Antichristentums, und die Revolution wurde als Treubruch gegenüber einer von Gott eingesetzten Obrigkeit angesehen. Diese Tendenzen wurden noch radikaler, nachdem die Frankfurter Nationalversammlung erfolglos blieb. Dieser gehörten insgesamt 33 Geistliche an, die – von wenigen Ausnahmen abgesehen – zur bürgerlichen Rechten hielten, ohne sich einer bestimmten Partei anzuschließen. Ab 1849 wurde von den Kreisen der Restauration scharfe Kritik an dem Verhalten der Berliner

⁴⁾ Walter Delius, „Die Evangelische Kirche und die Revolution 1848“, Berlin 1948, S. 34

Pfarrer bei der Bestattung der Barrikadenkämpfer geübt, und die Ereignisse im März 1848 wurden als „unchristliche März-Revolution“ abgestempelt.

So haben die verantwortlichen Vertreter des deutschen Protestantismus sich auf die Seite der Reaktion gestellt und damit die Interessen der deutschen Nation verraten, indem sie die Säulen der Feudalordnung, die feudal-reaktionäre preußische Monarchie und den preußischen Militarismus, die Verderber der deutschen Nation, unterstützten.

Es soll dabei aber nicht übersehen werden, daß es zugleich auch viele christliche Persönlichkeiten gab, die sich in nationaler Begeisterung der Revolution an der Seite der Volksmassen anschlossen. In vielen Predigten kam die Begeisterung für ein einiges Deutschland zum Ausdruck, und so ist es auch zu verstehen, daß die Frankfurter Paulskirche der Nationalversammlung zur Verfügung gestellt wurde. Diese Begeisterung schwand allerdings schnell wieder, je aussichtsloser die in die Revolution und die Nationalversammlung gesetzten Hoffnungen wurden. Aber auch in der Folgezeit der brutalen Reaktion konnte die Stimme des christlichen Gewissens nicht völlig unterdrückt werden. „So wird auch in den Predigten deutlich, wie tief der Riß durch die Evangelische Kirche ging, in der man sich nicht unter dem Wort Gottes zusammenfinden konnte, um dieses Wort allein zu verkündigen und von hier aus die rechte Haltung zum Zeitgeschehen zu finden.“⁵⁾

★

Nach der Einigung „von oben“ im Interesse der deutschen Großbourgeoisie und des preußischen Junkertums wurde die nationalistische, chauvinistische Propaganda der deutschen Imperialisten und Militaristen von den leitenden kirchlichen Kreisen leidenschaftlich und aktiv unterstützt. Es sei hier nur auf das offizielle „Kirchliche Jahrbuch“ verwiesen, in dem die ganze Welle nationalistischen Hasses, der den offiziellen deutschen Protestantismus weithin durchzogen hat, zum Ausdruck kommt. Hier sei nur ein Beispiel dafür angeführt. Der Herausgeber des „Kirchlichen Jahrbuchs“, Pfarrer Schneider, schreibt darin:

„Ja, der Krieg ist doch ein Volkserzieher von Gottes Gnaden. Der ‚männermordende‘ Krieg ist der großartigste Volkserhalter und Volksverjünger.“⁶⁾

Und ebenfalls von Schneider aus dem „Kirchlichen Jahrbuch“ im April 1918:

„Die Feldherrnkunst eines Hindenburg, der im Osten der russischen Dampfwalze die Achse brach und nun im Westen nach scharfem, drohendem Standhalten die Hand erhebt,

⁵⁾ ebenda, S. 42

⁶⁾ Zitiert in: „November 1918 – Lehre und Verpflichtung“, herausgegeben im Auftrag der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union von Gerhard Fischer und Günter Wirth, Berlin 1958, S. 30

läßt uns voll Vertrauen in die Zukunft sehen. „Wir sind Sieger! Sieger über den Erdkreis, das stolze Bewußtsein erfüllt jeden Feldgrauen.“⁷⁾

Es soll an dieser Stelle erwähnt werden, daß die nationalistische Haltung des heutigen Bischofs Dibelius bereits im ersten Weltkrieg in seinen Schriften und Predigten aus dieser Zeit deutlich zum Ausdruck kommt. So predigte er 1914:

„Nie ist das deutsche Volk für eine heiligere Sache in den Krieg gezogen!“⁸⁾

Er sagte aber auch, welche „heilige Sache“ er meint:

„Jetzt begreift der schlichteste Mann, was für eine Bedeutung es hat, ob die Petroleumquellen in Osteuropa und in Asien in den Händen unserer Feinde oder unserer Verbündeten sind.“⁹⁾

Die Haltung der katholischen Kirche im ersten Weltkrieg liegt zwar nicht auf der gleichen chauvinistischen Ebene wie die der protestantischen, trägt aber ebenso wie diese ausgesprochen antinationalen Charakter. In seiner ersten Enzyklika zu Kriegsbeginn verurteilte Papst Benedikt XV. nicht etwa die imperialistische Bourgeoisie, sondern die sozialistische Arbeiterbewegung. Er klagte darüber, daß die Gesellschaft in zwei einander bekämpfende Heerhaufen zerfallen sei: Den Besitzenden ständen die Proletarier gegenüber, deren Agitatoren behaupteten, die Menschen seien von Natur gleich und alle müßten in der Gesellschaft die gleiche Stellung einnehmen. Die Armen, die gegen die Reichen aufträten und glaubten, sie könnten über den Reichtum verfügen, handelten gegen die Gerechtigkeit. Deshalb habe die katholische Geistlichkeit die Aufgabe, im Krieg den Sozialismus zu bekämpfen. Erschreckt von der Februarrevolution in Rußland, schrieb Benedikt XV. im August 1917 seine Friedensresolution. Durch die Herbeiführung des Friedenszustandes zwischen Deutschland und seinen Gegnern sollte eine Einheitsfront gegen das revolutionäre Rußland geschaffen werden.¹⁰⁾

In dieser Frage bestand auch eine bemerkenswerte Übereinstimmung der Interessen des protestantischen Kaisers Wilhelm II. mit der Politik des Vatikans. So äußerte dieser zum päpstlichen Gesandten Pacelli, dem späteren Papst Pius XII.: „Tue der Papst nichts, dann bestehe die Gefahr, daß der Friede durch die Sozialisten erzwungen werde, und dann sei es mit der Machtstellung des Papstes und der römischen Kirche auch bei den Katholiken vorbei.“¹¹⁾

7) Zitiert: ebenda

8) O. Dibelius, „Gott mit uns“. Ein Gruß aus der Heimat, Lauenburg 1914, S. 4

9) O. Dibelius, „Gottes Ruf in Deutschlands Schicksalsstunde“, Berlin-Lichterfelde 1915, S. 33

10) Näheres darüber bei M. M. Scheinmann, „Der Vatikan im zweiten Weltkrieg“, Berlin 1954

11) Kaiser Wilhelm II., Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878–1918, Leipzig und Berlin 1922, S. 229

Betrachtet man diese Tendenzen sowohl der protestantischen als auch der katholischen Kirche im ersten Weltkrieg, dann zeigt sich deutlich die antinationale Haltung der Kirchenleitungen, die den Interessen des deutschen Volkes zuwiderliefe und eine friedliebende, demokratische Entwicklung der deutschen Nation verhindern half. Es versteht sich daher, daß sie von vornherein gegen die Novemberrevolution 1918 eingestellt waren und sie mit allen Mitteln bekämpften. Andererseits sind auch andere Tendenzen sichtbar, die darauf hinauszielten, für den Fall eines Erfolgs der Revolution die Existenz der Kirche zu erhalten. So bildete sich auf Wunsch der preußischen Kultusminister Hänisch und Hoffmann ein Pfarrerrat (!), der erklärte:

„Die Kirche ist unabhängig von den äußeren Formen des Staatswesens. Wir erklären daher auch der neuen Regierung unsere Bereitschaft, bei allen sozialen und humanitären Aufgaben der Neuzeit mitzuwirken.“¹²⁾

Wie wenig ernst solche Aussagen in der ersten revolutionären Phase der Entwicklung 1918/19 gemeint waren, zeigte sich wenig später. Zweifellos war die Novemberrevolution für das deutsche Volk die Gelegenheit, die bürgerlich-demokratische Revolution, die 1848 gescheitert war, erfolgreich abzuschließen und den Weg der nationalen Wiedergeburt, der Errichtung einer friedliebenden deutschen Nation mit sozialistischer Perspektive zu eröffnen. Die Beibehaltung der ökonomischen und politischen Machtpositionen der Imperialisten und Militaristen, der Verrat der rechten SPD-Führung, das Fehlen einer starken marxistisch-leninistischen Kampfpartei und des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft jedoch verhinderten die erfolgreiche Durchführung der Revolution.

In dieser Situation stellten sich die Kirchenleitungen wieder auf die Seite der imperialistischen Reaktion, ja sie nahmen sogar die Position des nun staatsrechtlich aufgehobenen Bündnisses von Thron und Altar ein. In einer Erklärung der Generalsuperintendenten der Kurmark, veröffentlicht im „Kirchlichen Jahrbuch“ von 1920, heißt es:

„Jeder Gedanke an die Auslieferung unseres Kaisers, der fast dreißig Jahre seinem Volke den Frieden erhalten hat, nebst seinen Feldherren und Staatsmännern, die ihn nach bestem Wissen beraten haben, ist eine Qual, die kein deutsches Herz ertragen kann.“¹³⁾

Noch deutlicher bringt diese reaktionäre Haltung die Resolution des Deutschen Evangelischen Kirchentages in Dresden im September 1919 zum Ausdruck, in der es heißt:

„Deutschland empfindet dieses Verlangen (nämlich die Aburteilung des Kaisers) als tiefe Schmach und Entehrung,

12) „November 1918 – Lehre und Verpflichtung“, a. a. O., S. 31

13) ebenda, S. 31/32

in ganz besonderem Sinne das evangelische Deutschland, das dankbar der Förderung gedenkt, die der Kaiser dem deutschen Protestantismus allezeit hat zuteil werden lassen.“¹⁴⁾

In ähnlicher Weise reagierte die katholische Kirche. So legte bereits im November 1918 nach einem Bericht des Organs der Zentrumsparthei, der „Germania“, der Kardinal Hartmann aus Köln „namens der sämtlichen Bischöfe Preußens feierlich Verwahrung ein, weil die geplante Maßnahme (der Trennung von Kirche und Staat) ein flagranter Rechtsbruch ist“. Er begründete dies vor allem damit:

„Die gegenwärtige Regierung ist nur eine vorläufige, die höchstens (!) befugt ist, im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung die erforderlichen Anordnungen zu treffen.“¹⁵⁾

Daraus wird ersichtlich, daß auch der katholische Klerus gegenüber den Ergebnissen der Novemberrevolution grundsätzlich feindlich eingestellt und an einer Restauration der alten Ordnung interessiert war.

Das skizzierte Bild von der Haltung der Christen zur Novemberrevolution wäre aber unvollständig, wenn nicht darauf hingewiesen würde, daß viele christliche Menschen in ihrer nationalen Verantwortung den Ruf ihrer Zeit erkannten und sich auf die Seite des Fortschritts stellten. Viele christlichen Arbeiter standen auf der Seite ihrer marxistischen Klassengenossen in dem Bestreben, der Revolution zum Siege zu verhelfen. Auch manche christlichen Vertreter der liberalen Bourgeoisie, allen voran unser verstorbener Freund Otto Nuschke, haben sich dem Neuen zugewandt und im Interesse der deutschen Nation gegen die imperialistische und militaristische Reaktion gekämpft.

Erwähnt sei auch noch eine andere Gruppe christlicher Menschen, die versucht haben, ein positives Verhältnis zur Novemberrevolution zu finden. Es sind die Kräfte und „religiös-sozialen Gruppierungen“, die sich um die Zeitschrift „Christliche Welt“ und ihren Herausgeber Martin Rade gebildet hatten, wie die Soziale Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost, der Bund Neue Kirche, der Bund Freie Volkskirche und vor allem die Religiös-Soziale Vereinigung, in die dann alle diese spontanen Bildungen und Vereinigungen einfließen. Bemerkenswert ist dabei, daß diese Bewegung – wenn auch teilweise nicht ohne Bedauern – im Gegensatz zur Mehrzahl der kirchlichen Amtsträger die Monarchie ablehnte und sich zur neuen Entwicklung bekannte. So schrieb Rade in der „Christlichen Welt“ 1919:

„Im gegenwärtigen Augenblick ist jeder Ruf nach der Monarchie in Deutschland gleichbedeutend mit einem Verzicht auf die geistige Durchführung der Revolution. Käme

¹⁴⁾ ebenda, S. 32

¹⁵⁾ ebenda, S. 33

heute die Monarchie wieder bei uns zur Herrschaft, so hieße das Degradierung der Revolution zu einer bloßen Episode und damit Verschleuderung geistiger Energien, die tausendmal schlimmer wäre als die wahnsinnige Verschleuderung von Heeresgut in den letzten Monaten.“¹⁶⁾

Diese christlichen Kreise der religiösen Sozialisten bekannten sich zum „November-Sozialismus“; freilich stimmten ihre Vorstellungen darüber durchaus nicht mit dem marxistischen, wissenschaftlichen Begriff des Sozialismus überein. Sie versuchten, die Klassenunterschiede einzuebnen, lehnten den Klassenkampf ab und ebenso die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. So mußten sie zu sozialreformerischen und revisionistischen Auffassungen gelangen. Es war also gar kein „Sozialismus“, der von diesem Kreis vertreten wurde, sondern eine nach „links“ tendierende Spielart einer kleinbürgerlichen Ideologie und damit ein Beispiel von vielen für einen „dritten Weg“, der von vornherein zum Scheitern verurteilt ist. Nur eine Minderheit der Religiösen Sozialisten fand den Weg zur revolutionären marxistischen Arbeiterbewegung, wie Pfarrer Erwin Eckart, oder erkannte die historische Mission der deutschen Arbeiterklasse, wie Emil Fuchs. – Herbert Trebs faßt in seiner Arbeit „Der ‚November-Sozialismus‘ des Kreises um die Zeitschrift ‚Die Christliche Welt‘“ die Bedeutung der Religiösen Sozialisten folgendermaßen zusammen:

„So liegt die Schwäche des November-Sozialismus in seiner idealistischen, subjektivistischen und emotionalen Verschwommenheit, seinem Utopismus, seiner Ablehnung der Revolution, seiner Verkenntung der sozialistischen Oktoberrevolution und der Rolle des deutschen Kommunismus. Seine positive Bewertung ergibt sich daraus, daß er innerhalb des Bürgertums, besonders innerhalb der kirchlichen Kreise, dem reaktionären und konterrevolutionären Mißbrauch von Religion und Kirche entgegenwirkte, eine Annäherung an den Sozialismus trotz revisionistischer Abschwächungen anstrebte und der Tendenz nach die Möglichkeit in sich schloß, bis zu den gesellschaftlichen Positionen des wissenschaftlichen Sozialismus vorzudringen.“¹⁷⁾

Somit stellt die Bewegung der Religiösen Sozialisten ein Beispiel dar, wie christliche Menschen im Gegensatz zu ihren Kirchenleitungen versucht haben, die Entwicklung der deutschen Nation voranzutreiben. Sie mußten aber scheitern, weil sie nicht konsequent Position bezogen haben an der Seite der revolutionären Arbeiterklasse Deutschlands unter der Führung ihrer Kommunistischen Partei.

★

Die nationale Haltung der Kirchen in der Zeit des deutschen Faschismus ist komplizierter, weil hier sowohl eine Opposition gegen den ideologischen Totalitätsanspruch des Faschis-

¹⁶⁾ „Die Christliche Welt“, Jahrgang 1919, Nr. 9, Sp. 41 f.

¹⁷⁾ In: „November 1918 – Lehre und Verpflichtung“, a. a. O., S. 49

mus als auch eine Billigung der gegen den „Bolschewismus“ gerichteten Politik Hitlers nach innen und außen vorliegt. So ist es zu erklären, daß solche ausgesprochen reaktionären Kräfte wie Dibelius, Lilje u. a., die heute wie damals typische Vertreter des politischen Klerikalismus sind, der Bekennenden Kirche angehörten, jener Zusammenfassung protestantischer Christen, die Protest erhoben gegen die versuchte Vergewaltigung der evangelischen Kirche zum Instrument der nationalsozialistischen Ideologie. Daß sich diese Opposition durchaus nicht bei allen Anhängern der Bekennenden Kirche grundsätzlich gegen die antinationale und menscheitsfeindliche Politik des deutschen Faschismus richtete, zeigt Dibelius in vielen seiner Schriften und Predigten. Erinnerung sei hier nur an sein bekanntes Auftreten beim Staatsakt in der Potsdamer Garnisonkirche, wo er betonte:

„Mit Gott zu neuer Zukunft! Ein neuer Anfang staatlicher Geschichte steht immer irgendwie im Zeichen der Gewalt. Denn der Staat ist Macht... Wir haben von Dr. Luther gelernt, daß die Kirche der rechtmäßigen staatlichen Gewalt nicht in den Arm fallen darf, wenn sie tut, wozu sie berufen ist. Auch dann nicht, wenn sie hart und rücksichtslos schaltet. Wenn der Staat seines Amtes waltet gegen die, die die Grundlagen der staatlichen Ordnungen untergraben, gegen die vor allem, die mit ätzendem und gemeinem Wort die Ehe zerstören, den Glauben verächtlich machen, den Tod für das Vaterland begehren – dann walte er seine Amtes in Gottes Namen!“¹⁸⁾

Noch deutlicher wird das Verhalten führender Kirchenkreise zur Nazidiktatur bei einer Betrachtung der führenden Vertreter der katholischen Kirche. In einem gemeinsamen Hirtenbrief der Oberhirten der Diözesen Deutschlands unter dem Titel „Wegweisungen, Wünsche, Forderungen für die neue Zeit“ legte der hohe katholische Klerus sein Verhältnis zum Nazi-Staat dar und befürwortete die faschistische Diktatur:

„Neben der gesteigerten Liebe zum Vaterland und Volk kennzeichnet sich unsere Zeit durch eine überraschend starke Betonung der Autorität und durch die unnachgiebige Forderung des einzelnen und der Körperschaften in das Ganze des Staates. Sie geht damit vom naturrechtlichen Standpunkt aus, daß kein Gemeinwesen ohne Obrigkeit gedeiht und nur die willige Einfügung in das Volk und die gehorsame Unterordnung unter die rechtmäßige Volksleitung die Wiedererstarkung der Volkskraft und Volksgröße gewährleisten.“

Auch die Ziele, die die neue Staatsautorität für die Freiheit unseres Volkes erstrebt, müssen wir Katholiken begrüßen. Nach Jahren der Unfreiheit unserer Nation und der Mißachtung und schmachvollen Verkürzung unserer völkischen Rechte muß unser deutsches Volk jene Freiheit und jenen Ehrenplatz in der Völkerfamilie erhalten, die

¹⁸⁾ „Berliner Evangelisches Sonntagsblatt“ vom 2. April 1933

ihm auf Grund seiner zahlenmäßigen Größe und seiner kulturellen Veranlagung und Leistung gebühren.“¹⁹⁾

Man sieht, wie sehr das Vokabular der „nationalsozialistischen“ Ideologie auch in der katholischen Kirche Einzug gehalten hatte. Eine solche Verlautbarung wurde abgegeben, nachdem Göring durch den sogenannten „Schießerlaß“ SS, SA und Stahlhelm zur Hilfspolizei ernannt hatte, die erste große Verhaftungswelle nach der Reichstagsbrandstiftung erfolgt war und bereits ein systematischer Boykott der jüdischen Geschäfte durchgeführt wurde. Während die Proteste der Weltöffentlichkeit gegen die faschistischen Pogrome sich häuften, deren Opfer auch viele gläubige Katholiken, wie Klausener und andere waren, veröffentlichten die deutschen Bischöfe in einem Hirtenbrief vom 20. August 1935 folgende Stellungnahme:

„Die katholischen kirchlichen Verbände sind dem deutschen Volk und Vaterland in Opfermut und Treue ergeben. Sie lehnen jede staatsfeindliche Haltung oder Handlung von Mitgliedern ab.“²⁰⁾

Damit wurde den katholischen Gläubigen jede Widerstandshaltung gegen das Naziregime verboten. Warum trotz des Naziterrors die katholische Kirche dem faschistischen Regime die Treue hielt, geht aus einem Hirtenwort der deutschen Bischöfe vom 24. Dezember (!) 1936 hervor, in dem es heißt:

„Der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler hat den Anmarsch des Bolschewismus von weitem gesichtet und sein Sinnen und Sorgen darauf gerichtet, diese ungeheure Gefahr von unserem deutschen Volk und dem gesamten Abendland abzuwehren. Die deutschen Bischöfe halten es für ihre Pflicht, das Oberhaupt des Deutschen Reiches in diesem Abwehrkampf mit allen Mitteln zu unterstützen, die ihnen aus dem Heiligum zur Verfügung stehen...“

Die Kirche wird um so kraftvoller das Dritte Reich im weltgeschichtlichen Abwehrkampf gegen den Bolschewismus unterstützen können, je mehr sie auf ihrem eigenen Rechts- und Arbeitsgebiet jene Freiheit genießt, die ihr nach göttlichem Recht und auch nach dem Reichskonkordat zugesichert ist...“

Wir Katholiken werden bereit sein, trotz des Mißtrauens, das man uns entgegenbringt, dem Staate zu geben, was des Staates ist, und den Führer in der Abwehr des Bolschewismus und seinen anderen Aufgaben zu unterstützen.“²¹⁾

Zweifellos gab es Differenzen zwischen der Ideologie des politischen Katholizismus und der nazistischen Ideologie, die insbesondere Fragen der Erziehung, des Religionsunterrichts und des Verbots katholischer Zeitschriften betrafen. Die Nazis schlossen Tausende von katholischen Schulen, und mehr als 8000 katholische Mönche und Laienbrüder wurden verhaftet und abgeurteilt. Diese Maßnahmen des Drucks gegen die

¹⁹⁾ „Dokumentation der Zeit“ Heft 253 (1962/I), S. 12

²⁰⁾ ebenda, S. 13

²¹⁾ ebenda

Religionsausübung veranlaßte auch später den katholischen Klerus, heftig gegen diese Willkürmaßnahmen zu protestieren. Erinnerung sei hier nur an die bekannten Predigten des Bischofs von Münster, Graf Galen. Aber diese Differenzen traten zurück vor der gemeinsamen ideologischen Plattform zwischen politischem Katholizismus und Nationalsozialismus, nämlich dem Antikommunismus. Das zeigte das oben zitierte Hirtenwort der deutschen Bischöfe ganz deutlich.

Es ist daher nur verständlich, daß der räuberische Überfall Hitlers auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 von den katholischen Bischöfen befürwortet, ja begrüßt wurde. Nicht ein einziger Protest richtete sich gegen die Vorbereitung und Durchführung des faschistischen Aggressionskrieges und gegen die Gewalttaten gegenüber der unterdrückten Zivilbevölkerung der anderen Länder oder grundsätzlich gegen den Terror gegen alle antifaschistischen und demokratischen Kräfte in Deutschland selbst. Dadurch ist die antinationale Haltung des reaktionären katholischen Klerus gekennzeichnet; sinngemäß kann das auch – wenn auch nicht verallgemeinert – von vielen führenden Vertretern der protestantischen Kirchen behauptet werden.

Um so mehr ist hervorzuheben, daß im Gegensatz zu diesem Verhalten der Kirchenleitungen Tausende von aufrechten Christen, Protestanten und Katholiken, Geistliche und Laien, aus ihrer christlichen Verantwortung in echter Sorge um das Schicksal der deutschen Nation Widerstand gegen die Nazi-diktatur leisteten. In den Materialien der Brüsseler Parteikonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands wurde wiederholt festgestellt, daß zu den oppositionellen Kräften in Deutschland auch Millionen von christlichen Werktätigen gehören, die zum Widerstand bereit waren und auch Widerstand leisteten.²²⁾ Tatsächlich beteiligten sich zahlreiche Katholiken und Protestanten am antifaschistischen Widerstandskampf. Aus ihrer christlichen Verantwortung handelten sie aktiv nicht nur gegen die braunen Kolonnen Hitlers, sondern auch gegen die Anordnungen ihrer Kirchenleitungen. Freilich war ihr aktives Handeln zumeist spontan und individuell; sie erkannten nicht immer, daß ihr Platz im antifaschistischen Widerstandskampf an der Seite der Arbeiterklasse, der Trägerin des gesellschaftlichen Fortschritts, war, und oft kam es erst in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern zur Solidarität und Gemeinschaft der antifaschistischen Kräfte. Aber ihr Handeln und ihr Kämpfen gegen den menscheitsfeindlichen faschistischen Terror diente objektiv den wahren Interessen der deutschen Nation.²³⁾

²²⁾ Wilhelm Pieck: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur (Brüsseler Konferenz der KPD 1935), Berlin 1954, S. 68–70.

²³⁾ Näheres darüber in: Christlicher Widerstand gegen den Faschismus (Bibliothek der CDU, Band IV), Berlin o. J.

III. Die antinationale Haltung reaktionärer Kirchenleitungen in der Gegenwart

Nach dieser geschichtlichen Betrachtung wollen wir uns nun der Gegenwart zuwenden und untersuchen, welche Haltung die Kirchen heute zur Lösung der nationalen Frage einnehmen.

Die antinationale Politik der westdeutschen Imperialisten wird in gleicher Weise wie vor 1945 von reaktionären Kreisen der westdeutschen Kirchenleitungen geistig gerechtfertigt und unterstützt. Freilich sah es 1945 noch anders aus. Nach dem Zusammenbruch des deutschen Faschismus klagten sich die Kirchen beider Konfessionen der Mitschuld an dem faschistischen Unheil an. In der gleichen Weise, wie in der demokratischen Öffentlichkeit der Wille zum demokratischen Neuaufbau und zur aktiven Mitarbeit für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens sichtbar wurde, bekundeten auch die Kirchen ihre Bereitschaft und ihre Entschlossenheit, mit der unheilvollen Vergangenheit zu brechen und von dem Wege des nationalen Unglücks umzukehren. Auch im Verhältnis der Kirchen zu politischen Fragen und im innerkirchlichen Leben sollte ein neuer Anfang gemacht werden. So hieß es im Stuttgarter Schuldbekennnis:

„Mit großem Schmerz sagen wir: Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden... Wir hoffen zu Gott, daß durch den gemeinsamen Dienst der Kirchen dem Leid der Gewalt und der Vergeltung, der heute von neuem mächtig werden will, in aller Welt gesteuert werde und der Geist des Friedens und der Liebe zur Herrschaft komme, in dem allein die gequälte Menschheit Genesung finden kann.“²⁴⁾

Man kann heute fragen, ob dieses Bekenntnis damals ernst gemeint war. Zweifellos steht fest, daß viele aufrichtige Christen in allen Besatzungszonen den Willen hatten, dieses Bekenntnis in die Tat umzusetzen, und sie haben sich auch mit Entschlossenheit der Entwicklung einer neuen Demokratie im Interesse der ganzen Nation gewidmet; das zeigt sich bis in unsere Tage. Aber andererseits steht ebenso fest, daß gewisse kirchenleitende Kräfte nur gewartet haben, bis sie ihre antinationale, imperialistische Haltung wieder offen zeigen und propagieren konnten. In dem Maße, wie die Kräfte der wirtschaftlichen und politischen Reaktion ihre alten Positionen wieder einnahmen und schließlich im Bonner Separatstaat das Instrument zur Verwirklichung ihrer alten Ausbeutungs- und Kriegspolitik geschaffen haben, so stellten sich auch kirchliche Kreise dem Prozeß der geistigen und gesellschaftlichen Erneuerung entgegen und führten eine immer stärkere Verflechtung der Kirchen mit dem Bonner Staat herbei. Um ihre wahren antinationalen und menscheitsfeindlichen Ziele dem-

²⁴⁾ Zit. nach: „Stimme der Gemeinde“ Nr. 3/1958, Sp. 74

agogisch zu verschleiern, benutzen die Imperialisten – unfähig, eine eigene Ideologie zu entwickeln – das Christentum und mißbrauchen die religiösen Gefühle der Bevölkerung Westdeutschlands. Dieser Mißbrauch der christlichen Lehre zu einer bürgerlich-imperialistischen Ideologie mit der Tendenz, dadurch die immer schwächer werdende gesellschaftliche Position des Imperialismus zu festigen und ihre antinationale Politik zu rechtfertigen – das gehört zum Wesen des politischen Klerikalismus. Diese Absicht der westdeutschen Reaktion kennzeichnete der verstorbene Theologieprofessor Iwand aus Bonn treffend mit den Worten:

„Nachdem wir mit dem Hakenkreuz nicht recht weitergekommen sind, versuchen wir dasselbe noch einmal mit dem Kreuz...“²⁵

So ist der politische Klerikalismus heute herrschende Staatsideologie in Westdeutschland in enger Verbindung mit den anderen Elementen der imperialistischen Ideologie, dem nationalistischen Revanchismus, dem Opportunismus der rechten SPD-Führung, dem Kosmopolitismus. Allen diesen Erscheinungsformen der bürgerlichen Ideologie gemeinsam ist der Antikommunismus. Auf dieser Plattform treffen sich alle reaktionären Ideologen Westdeutschlands, angefangen vom Jesuitenpater Nell-Breuning über den NATO-Bischof Dibelius, den Hauptideologen des atomaren Vernichtungskrieges, Schlamm, bis hin zu den Bonner CDU/CSU-Politikern, wie Adenauer, Strauß, Schröder, Brentano und Gerstenmaier. Sie alle rechtfertigen die atomare Aufrüstung als sittliches Recht „zur Verteidigung des Abendlandes“ und verkünden die Mission der Bonner Regierung, so wie es Adenauer selbst in einer Audienz beim Papst ausdrückte:

„Ich glaube, daß Gott dem deutschen Volk in den jetzigen stürmischen Zeitläuften eine besondere Aufgabe gegeben hat, Hüter zu sein für den Westen gegen jene mächtigen Einflüsse, die vom Osten her auf uns wirken.“²⁶

Der Antikommunismus – den Walter Ulbricht mit Recht als Verbrechen an der Menschheit bezeichnete – ist heute Bonner Staatsdoktrin Nr.1 und wird systematisch durch die rücksichtslose Agressionsvorbereitung praktiziert. Damit werden die Vernichtung und der Untergang der deutschen Nation vorbereitet, und wieder stehen – zum drittenmal in diesem Jahrhundert – führende Vertreter der Christenheit auf der Seite der politischen Reaktion, der westdeutschen Imperialisten und Militaristen.



Der politische Klerikalismus ist nicht nur bestrebt, seine Ideen zu propagieren und zu verbreiten, sondern sie auch in die Wirklichkeit umzusetzen. Der Abschluß des Militärseelsorgevertrages zwischen Bischof Dibelius und Bundeskanzler

²⁵) Zit. nach: Union-Pressedienst, Heft 6/1960, S. 16

²⁶) Zit. nach: „Stimme der Gemeinde“ Nr. 5/1960, Sp. 131 a

Adenauer zeigt deutlich den politischen Klerikalismus in Aktion und zugleich die enge Verflechtung zwischen imperialistischem Staat und NATO-Kirche in der Bundesrepublik. Es soll an dieser Stelle nicht untersucht werden, inwiefern der Militärseelsorgevertrag einen unerhörten Mißbrauch des Christentums darstellt und damit gegen die Kirche selbst gerichtet ist, sondern welche Gefahr er für den Bestand der deutschen Nation darstellt.

Es steht fest, daß der Abschluß des Militärseelsorgevertrages eindeutig gegen die Interessen des ganzen deutschen Volkes gerichtet ist und allein den Kriegsvorbereitungen der Bonner Militaristen und Imperialisten dient. In dem Gespräch mit einer Delegation von Theologen, kirchlichen Amtsträgern und christlichen Bürgern vom 9. Februar 1961 sagte dazu Walter Ulbricht:

„Wir stehen nicht im Gegensatz zu den evangelischen oder katholischen Christen in Westdeutschland. Das ist doch nicht wahr. Sie sind auch für den Frieden und wollen ebenfalls in Frieden leben. Wir haben aber einen grundsätzlichen Gegensatz zu den Vertretern der Kirchenführung in Westdeutschland, die auf dem Boden der NATO-Politik stehen und durch den Militärseelsorgevertrag an die Atomkriegspolitik gebunden sind und in weitgehendem Maße von der Kirchenabteilung im Ministerium des Herrn Strauß gelenkt werden.“²⁷)

Durch diesen Vertrag wird die Militärseelsorge zu einem festen Bestandteil der Bonner NATO-Politik. Artikel 14 des Militärseelsorgevertrages besagt:

„Zur Wahrnehmung der zentralen Verwaltungsaufgaben der evangelischen Militärseelsorge wird am Sitz des Bundesministeriums für Verteidigung ein „Evangelisches Kirchenamt für die Bundeswehr“ eingerichtet, das dem Bundesminister für Verteidigung unmittelbar nachgeordnet ist.“²⁸)

Entsprechend ist in Artikel 22 festgelegt:

- „Für die Militäregeistlichen als Bundesbeamte sind
1. oberste Dienstbehörde der Bundesminister für Verteidigung,
 2. unmittelbarer Dienstvorgesetzter der Militärgeneraldokan.“²⁹)

Dadurch kommt zum Ausdruck, daß eine echte seelsorgerliche Betreuung der Bundeswehrsoldaten weder möglich noch angesichts der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr beabsichtigt ist. Das geht auch aus den Anforderungen hervor, die

²⁷) „Christen und Marxisten verbinden gemeinsame Ideale und Ziele“. Herausgegeben von der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union, Berlin 1961, S. 21

²⁸) Dr. Ulrich Krüger, „Der Militärseelsorgevertrag und die Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik“, Berlin 1958, S. 40

²⁹) ebenda, S. 42

der Bonner Staat nach Artikel 11 des Militärseelsorgevertrages an die Militärgestlichen stellt:

„Vor der Ernennung tritt der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland mit der Bundesregierung in Verbindung, um sich zu versichern, daß vom staatlichen Standpunkt aus gegen den für das Amt des Militärbischofs vorgesehenen Geistlichen keine schwerwiegenden Einwendungen erhoben werden.“³⁰⁾

Es ist daher nur allzu verständlich, daß diejenigen „Seelsorger“, die verantwortliche Positionen in der Bonner NATO-Armee einnehmen, sich bereits in der faschistischen Wehrmacht entsprechend „bewährt“ haben. Das zeigt sich beispielsweise sowohl an dem evangelischen Militärbischof Kunst als auch katholischerseits an dem Generalvikar in der Bonner Bundeswehr, Georg Werthmann. Kunst tat sich bereits 1935 als Standortpfarrer der Hitlerwehrmacht in Herford hervor, wo er predigte:

„Kameraden! Wenn Ihr jetzt den Eid auf den Führer Adolf Hitler leistet, so seid Ihr bis ans Lebensende eine dem Führer verschworene Kampfgemeinschaft. Davon entbindet auch keine Überlegung und kein Reiferwerden. Das sage ich Euch als ein berufener Diener am Wort.“³¹⁾

Entsprechend schrieb Werthmann als Standortpfarrer in einer 1935 erschienenen Broschüre unter dem Titel „Wir wollen dienen!“ in zynischer Brutalität:

„Im Fahneneid hast du deinem Herrgott, deinem Volke und deinem Führer etwas zu sagen, was nicht überhört und nicht vergessen werden darf. Und deswegen mußt du mit deinem Herzblut einstehen für diesen Schwur, so wie ihn zwei Millionen deutsche Soldaten im großen Kriege (gemeint ist der erste Weltkrieg – R. B.) mit ihrem Herzblut besiegelt haben.“³²⁾

So wie beide der deutschen Jugend einst in der Hitlerzeit den Heldentod als das höchste Glück und erstrebenswerteste Ziel vorlogen, so dienen sie heute in der gleichen Funktion der gleichen Propaganda, der psychologischen Kriegsvorbereitung von Adenauer und Strauß.

Der Militärseelsorgevertrag dient also der psychologischen Kriegführung der Bonner NATO-Armee. Das hat besonders deutlich der offene Brief des Westberliner Studentenpfarrers Marquardt an Präses Scharf unterstrichen. Marquardt, der an einem Sonderlehrgang an der „Bundesweherschule für innere

Führung“ in Koblenz teilnahm, hat dadurch einen tiefen Einblick in das System der Bonner Militärseelsorge erhalten und seine seelsorgerlichen und theologischen Bedenken in diesem Brief an Präses Scharf zum Ausdruck gebracht. Er hob darin besonders die verderbliche Rolle des „Lebenskunde“-Unterrichts hervor und betonte:

„Die Lage ist jedenfalls so, daß neben der atomaren Bewaffnung die psychologische Militärführung der entscheidende Bestandteil der westdeutschen Militärführung ist und daß wiederum den offensichtlich entscheidenden Bestandteil dieser militärisch konzipierten Psychologischen Kampfführung die Militärseelsorge darstellt.“

Marquardt bestätigt damit, daß die Militärseelsorge in der Bonner NATO-Armee den aggressiven Zielen der Militaristen dient mit dem Zweck, die Soldaten der Bundeswehr unter Mißbrauch des christlichen Glaubens für einen dritten, einen atomaren Weltkrieg vorzubereiten und die Eroberung der Deutschen Demokratischen Republik und der anderen Staaten des sozialistischen Weltsystems zu rechtfertigen.

Der Militärseelsorgevertrag richtet sich demzufolge vor allem gegen die Deutsche Demokratische Republik. Dibelius aber unterzeichnete diesen Vertrag ausdrücklich namens der Evangelischen Kirche in Deutschland, also auch der Gliedkirchen in der Deutschen Demokratischen Republik. Dazu kam, daß die Zustimmung durch die Mehrheit der Synode der EKD mit Hilfe der Synodalen aus der DDR zustande kam. Diese Tatsache – daß der Militärseelsorgevertrag sich in seiner Zielsetzung gegen den deutschen Friedensstaat richtete und im Namen auch der Evangelischen Kirchen des gleichen Staates unterzeichnet, ratifiziert und gebilligt wurde – mußte zu Komplikationen zwischen der Regierung unserer Republik und dieser „gesamtdeutschen evangelischen Kirchenleitung“ führen. Diese Situation faßte Walter Ulbricht in seiner Programmatischen Erklärung vom 4. Oktober 1960 vor der Volkskammer mit folgenden Worten zusammen:

„Wir können nicht daran vorbeigehen, daß sich infolge der Verwandlung Westdeutschlands in die Hauptaufmarschbasis der aggressiven NATO, infolge der vertraglich festgelegten Verfilzung kirchlicher Stellen mit Militarismus und NATO-Politik und infolge der Propaganda führender westdeutscher Kirchen heute für die Atomkriegspolitik des Bonner Staates die früher einmal mögliche Zusammenarbeit zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und einer westdeutschen sogenannten Kirchenleitung unmöglich geworden ist.“³³⁾

Damit ist deutlich geworden, daß der Militärseelsorgevertrag einen zutiefst antinationalen Charakter trägt: Er verstößt gegen die Interessen der deutschen Nation, weil er als Instru-

³⁰⁾ ebenda, S. 39

³¹⁾ Zit. nach: Die militaristisch-klerikale Herrschaft des westdeutschen Imperialismus. Wissenschaftliche Konferenz der Humboldt-Universität zu Berlin über das Wesen des militaristisch-klerikalen Regimes in Westdeutschland vom 26. bis 28. Oktober 1959, Berlin 1960, S. 107

³²⁾ Georg Werthmann, „Wir wollen dienen!“ Glaubenskraft als Quelle unserer Wehrkraft, Berlin 1935, S. 38

³³⁾ „Christen und Marxisten verbinden gemeinsame Ideale und Ziele“, a. a. O., S. 9

ment der westdeutschen Imperialisten und Militaristen mit-hilft, das deutsche Volk in einen dritten Weltkrieg zu stürzen und damit eine Katastrophe herbeizuführen, die die Existenz des deutschen Volkes ernsthaft gefährdet.

Nun wird – gerade in der Auswirkung des Militärseelsorgevertrages – von kirchenleitenden Kreisen betont, die „Einheit der EKD“ sei durch die Regierung der DDR bewußt zerstört worden, und diese Einheit sei das letzte „einigende Band“ gewesen, das die deutsche Nation verbunden hätte. Damit habe die Regierung der DDR die deutsche Nation endgültig gespalten. Eine nähere Untersuchung dieser Frage zeigt aber nicht nur die Haltlosigkeit dieser Behauptung, sondern darüber hinaus, daß die Propaganda von der „Einheit der Kirche“ ebenso wie der Militärseelsorgevertrag und der politische Klerikalismus ausgesprochen antinationale Tendenzen trägt.

Zunächst sei festgestellt: Wenn hier von der „Kirche“ gesprochen wird, so ist damit stets der institutionell-organisatorische Begriff gemeint, nicht aber der theologische Begriff (Kirche als Gemeinschaft aller Gläubigen, die sich zu Christus als dem Sohn Gottes bekennen). Bei oberflächlicher Betrachtung kann durch die Existenz der „Evangelischen Kirche in Deutschland“ der Eindruck entstehen, als sei die evangelische Christenheit in einer einheitlichen, geschlossenen Organisation zusammengefaßt. Tatsächlich ist aber das Gegenteil der Fall: In Deutschland gibt es eine Vielzahl evangelischer Kirchen. Alle sind selbständig und voneinander unabhängig, haben ihre eigene Verfassung und ihre eigene Organisationsform.

Dieser Zustand hat seine besonderen historischen Wurzeln und ist begründet in der spezifischen Entwicklung der nationalen Frage in Deutschland, d. h. in dem Partikularismus bei gleichzeitigem Fehlen einer starken Zentralgewalt. Bekanntlich hatte sich nach der Reformation mit dem Augsburger Religionsfrieden (1555) der Grundsatz „Cuius regio, eius religio“ herausgebildet – die Konfession eines Fürsten war für die seiner Untertanen bestimmend. Dabei hatten sich die evangelischen Fürsten in der Reformationszeit die Machtbefugnisse der früheren katholischen Bischöfe angeeignet und waren nun nicht nur oberster Landesherr, sondern zugleich oberster Kirchenherr ihres Territoriums. Man spricht hier vom sogenannten „landesherrlichen Summepiskopat“. Die Konsistorien als oberste kirchliche Behörden waren eng mit der landesherrlichen Gewalt verbunden, und ihre Selbständigkeit war mehr oder weniger begrenzt. Daraus ergibt sich, daß die Kirchen in Deutschland im Zusammenhang mit der Herausbildung des Landesfürstentums und dem damit verbundenen Festhalten an feudal-absolutistischen bzw. junkerlich-feudalen Herrschaftsformen als Hemmnis bei der Herausbildung der deutschen Nation gewirkt haben.

Nach dem Zusammenbruch des Summepiskopats nach dem ersten Weltkrieg mußte die Selbstverwaltung der Kirchen ge-

ordnet werden. Es erfolgte jedoch keine grundsätzliche Änderung der Organisationsform, sondern nur einige notwendige Korrekturen und Zusammenlegungen wurden vorgenommen. So gaben sich die einzelnen Landeskirchen neue Verfassungen, die teilweise heute noch Gültigkeit haben.

Wenn wir nun die einzelnen Landeskirchen nach ihrem heutigen Stand betrachten, so kann man zunächst bekenntnis-mäßig lutherische, reformierte und unierte Kirchen unterscheiden. In letzteren sind Gemeinden lutherischen und reformierten Bekenntnisses organisatorisch zusammengeschlossen bzw. wurde auf Anweisung des damaligen preußischen Königs 1817 in einer sogenannten „Unionsformel“ eine gemeinsame Bekenntnisgrundlage festgelegt.

Die meisten lutherischen Landeskirchen sind in der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche (VELKD) zusammengeschlossen. Diese ist aus den seit etwa 100 Jahren dauernden lutherischen Einigungsbestrebungen erwachsen und hat sich am 8. Juli 1948 eine Verfassung gegeben. Durch diesen Zusammenschluß wollen die Gliedkirchen zu einer größeren Einheitlichkeit ihrer Ordnung kommen, behalten aber ihre Selbständigkeit in Kultus, Verfassung, Gesetzgebung und Verwaltung. Das für die VELKD kennzeichnende Einheitsmerkmal ist eine gemeinsame Bekenntnisgrundlage, aus der sich auch die volle Kanzel- und Abendmahlsgemeinschaft ergibt. Die lutherischen Landeskirchen in Württemberg, Oldenburg und Eutin haben sich jedoch nicht der VELKD angeschlossen.

Die meisten unierten Kirchen sind in der Evangelischen Kirche der Union (EKU) zusammengeschlossen (bis 1954 „Evangelische Kirche der Altpreußischen Union“). Das sind die Kirchen im Gebiet des ehemaligen Preußen in den Grenzen von 1817. (Ein Teil der lutherischen Gemeinden, die sogenannten Alllutheraner, hat sich der Union nicht angeschlossen.) Die EKU hat auf Grund einer gemeinsamen Verfassung gemeinsame Ordnungen des Gottesdienstes und des kirchlichen Lebens; jedoch gibt es – im Gegensatz zur VELKD – keine gemeinsame Bekenntnisgrundlage, so daß in geistlichen Angelegenheiten Gliedkirchen und Gemeinden stark selbständig sind. Wie die lutherischen sind auch die unierten Kirchen nicht alle in einem übergeordneten Verband zusammengeschlossen. Die Evangelischen Kirchen in Hessen-Nassau, Kurhessen-Waldeck, Baden und der Pfalz – um nur die größten zu nennen – gehören der EKU nicht an.

In den reformierten Kirchen gibt es keinen straffen organisatorischen Zusammenschluß. Der Reformierte Bund nimmt lediglich bestimmte gemeinsame Anliegen wahr.

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) ist ein Bund lutherischer, reformierter und unierter Kirchen, dem die in Deutschland bestehenden Landes- und Provinzialkirchen, der Bund evangelisch-reformierter Gemeinden und die Evangelische Brüderunität angehören. Die EKD ist somit nicht eine

organisatorisch geschlossene Kirche, sondern nach ihrer Verfassung ein Kirchenbund. Die Rechtssatzung der EKD darf das Bekenntnis der Gliedkirchen nicht verletzen. Gesetzliche Bestimmungen kann sie nur über Dinge erlassen, die bereits einheitlich geregelt sind, oder dann, wenn die beteiligten Gliedkirchen mit einer solchen einheitlichen Regelung einverstanden sind. Sinn der EKD sollte es sein, die Gemeinschaft der Gliedkirchen zu festigen und alle die evangelischen Kirchen in Deutschland betreffenden gemeinsamen Anliegen wahrzunehmen, um eine Zersplitterung der Kräfte zu verhindern.

Wenn hier auf die Struktur der evangelischen Kirche in Deutschland näher eingegangen wurde, so geschah dies nicht ohne Grund. Denn es gehörte zu den gefügten Worten kirchenleitender Kreise, daß die Kirche angesichts der Spaltung des deutschen Nationalverbandes in zwei souveräne Staaten – über den Grad der Souveränität der Bundesrepublik soll an dieser Stelle nicht eingegangen werden – „die einzige noch funktionierende nationale Klammer“ sei. Noch in seiner letzten Rede als Ratsvorsitzender der EKD betonte Bischof Dibelius auf der Februar-Synode 1961, die Einheit der EKD sei gefestigter denn je. Sechs Monate später hat diese „nationale Klammer“ der EKD ihre Funktion aufgegeben. Nun wird von vielen leitenden Kirchenvertretern besonders aus Westdeutschland der Regierung unserer Republik mit aller Heftigkeit der Vorwurf gemacht, sie habe durch die Maßnahmen des 13. August 1961 die Einheit der Kirche und damit die letzte „nationale Klammer“ zwischen beiden deutschen Staaten zerstört. Wie sieht es aber in Wirklichkeit damit aus?

Wenn von Einheit der Kirche die Rede ist, dann soll hier nicht jene ökumenische Einheit im Glauben gemeint sein, von der das Glaubensbekenntnis im dritten Artikel spricht, von der „einen allgemeinen heiligen christlichen Kirche, der Gemeinschaft der Heiligen“. Diese Einheit ist nach christlicher Auffassung ohnehin unzerstörbar. Natürlich will und wird diese geistige Einheit auch Gestalt in der Welt annehmen. Dabei zeigt sich aber, daß diese „irdische“ Einheit behindert wird von zwei Seiten her: einmal theologisch durch die Aufspaltung in Konfessionen und die Vielzahl der Dogmen, Bekenntnisformen, Kulte usw., zum anderen politisch durch Ländergrenzen, bestimmte historische Entwicklungen, gesellschaftliche Umweltverhältnisse usw.

Diese Faktoren zeigen sich auch bei der Betrachtung der evangelischen Kirche in Deutschland. Es ist deutlich geworden, daß hier sowohl die theologischen Faktoren als auch die historische Entwicklung und die politischen Verhältnisse in Deutschland die Herausbildung einer einheitlichen evangelischen Kirche, etwa in der Form einer Nationalkirche, verhindert haben, ganz zu schweigen von den Unterschieden zwischen evangelischer und katholischer Kirche, die in Deutschland jahrhundertlang zusammenprallten und von

den herrschenden Klassen für ihre eigenen Zwecke ausgenutzt wurden.

Verständlich ist es, daß die Kirchen versucht haben, über alle Unterschiede hinweg auch zu einer äußeren Einheit der Kirche zu gelangen. Auch hier sind die Auffassungen unterschiedlich. Das zeigt sich besonders in dem Gegensatz zwischen der katholischen Auffassung, die im Ökumenischen Konzil die Einheit der Kirchen nach wie vor unter der absoluten geistlichen Vorherrschaft der katholischen Kirche anstrebt, und den Zielen des Ökumenischen Rates der Kirchen, der – ohne die bekenntnismäßigen Unterschiede der einzelnen Kirchen verwischen zu wollen – eine enge Verbindung und Zusammenarbeit aller Kirchen anstrebt. Am Rande sei vermerkt, daß unsere Regierung für diese Bestrebungen Verständnis gezeigt hat, indem sie acht Delegierten aus den Landeskirchen der DDR das Visum zur Teilnahme an der III. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Neu-Delhi erteilte.

Womit soll nun die „Einheit der EKD“ bewiesen werden? Die Einheitlichkeit der Lehrmeinung war schon lange nicht mehr das maßgebliche Kriterium und kann es heute nicht mehr sein. Der organisatorische Zusammenschluß auf der Grundlage der staatlichen Entwicklung ist ebenfalls nicht vollzogen. Die seit 1918 und besonders nach 1945 vollzogene territoriale Umgestaltung in Deutschland ist an der Organisation der evangelischen Kirche so gut wie spurlos vorübergegangen. Auch heute noch stimmen die Landeskirchen zum überwiegenden Teil mit den Gebieten der ehemaligen deutschen Fürstentümer überein, was zu grotesken Situationen angesichts der staatlich-verwaltungsmäßigen Entwicklung in beiden deutschen Staaten geführt hat. Trotzdem sprach Bischof Dibelius davon, daß die „Einheit der EKD gefestigter sei als je“. Worauf bezieht er sich dabei?

Die Antwort gab Pfarrer Gerhard Bassarak, der Leiter der Evangelischen Akademie in Berlin-Weißensee, auf der Görzitzer Theologentagung treffend mit folgenden Worten:

„Und doch gibt es ein Kriterium der Einheit und ihrer Festigung. Man kann es nur mit Ironie und Bitterkeit nennen. Es ist nicht Rechtgläubigkeit, sondern ‚Rechtgläubigkeit‘, nicht Orthodoxie, sondern eine Dexio-Doxie. Es ist der Umstand, daß man in der Kirche zwischen Arianern und Athanasianern Häretiker jeder Art sein darf, wenn man nur nationalistisch ist.“³⁴⁾

Und tatsächlich, die Entwicklung der EKD bestätigt diese Feststellung. Immer mehr wurden die friedliebenden Kräfte, die aus ihrer Glaubenshaltung heraus die Notwendigkeit einer Neuorientierung der evangelischen Kirche erkannten und forderten, von ihren Ämtern entweder verdrängt oder diffamiert, und der Kurs der klerikalen Reaktion in der EKD wurde

³⁴⁾ Zit. nach: „Evangelisches Pfarrerblatt“ Heft 12/1962, S. 2

immer offensichtlicher. Pfarrer Bassarak erwähnt in seinem Diskussionsbeitrag die folgenden Ereignisse, die diese Entwicklung veranschaulichen: Das Ausscheiden Niemöllers aus dem Kirchlichen Außenamt und aus dem Rat der EKD, das „Herauswählen“ Heinemanns als Präses der Synode und Bischof Mitzenheims aus dem Rat der EKD, die Blockierung des Atom-ausschusses durch Thielicke und andere, schließlich die Unterzeichnung des Militärseelsorgevertrages „von zwei Männern, deren technisches, politisches, militärisches und geistiges Vorstellungsvermögen in vergangenen Jahrhunderten beheimatet ist“³⁵).

Das also ist der Weg, wie die „Festigung der Einheit der Kirche“ verwirklicht wird. Das ist aber ein zutiefst anti-nationaler Weg, der einzig den Interessen der westdeutschen Imperialisten dient. Es ist verständlich, daß gerade im Interesse der deutschen Nation den Auswirkungen dieser Bestrebungen durch unsere Republik Einhalt geboten werden mußte. Auf der Begegnung vom 9. Februar 1961 kennzeichnete Walter Ulbricht diese Situation mit folgenden Worten:

„Die mit dem Abschluß des Militärseelsorgevertrages besiegelte Indienstnahme der westdeutschen kirchlichen Einrichtungen für Zwecke der NATO-Armee und NATO-Politik hat den Krug zum Überlaufen gebracht und die letzte Brücke zu einer Zusammenarbeit zwischen der gegenwärtigen westdeutschen Kirchenleitung und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik trotz unserer ernststen Warnungen mutwillig abgebrochen.“

Wir haben sehr lange gezögert, aus dieser Situation die Konsequenzen zu ziehen. Wir haben immer und immer wieder gewissenhaft geprüft, ob es nicht doch noch irgendeine Möglichkeit gäbe, den von den Exponenten der westdeutschen NATO-Kirchen vollzogenen Abbruch der Beziehungen zu umgehen oder unwirksam zu machen. Aber maßgebliche Exponenten der westdeutschen Kirchen trieben ihr unchristliches Spiel so weit, daß jeder Pfad versperrt wurde. Sie haben sich selbst uns gegenüber jeglicher Glaubwürdigkeit beraubt.“³⁶

Wie weit diese aggressiven Absichten dieser „gesamtdeutschen Kirchenleitung“ gingen, wurde aus dem berüchtigten Fernsehinterview Bischof Liljes deutlich, ebenso wie in seinem „Spiegel“-Interview, wo er den Widerstand der Christen gegen die Regierung der DDR befürwortete. So wurde auch die Kirche in den Dienst der provokatorischen Angriffe gegen unsere Republik gestellt, die gerade um der Erhaltung des Friedens willen zu den Maßnahmen des 13. August 1961 führen mußten. Pfarrer Bassarak bemerkt zu den Konsequenzen für die evangelische Kirche mit Recht:

³⁵) ebenda

³⁶) Christen und Marxisten verbinden gemeinsame Ideale und Ziele, a. a. O., S. 18/19

„Man wird mit großem Schmerz bedauern, daß die Kirche, indem sie ihre Einheit so festigte, ihre eigene Spaltung nicht verhindern wollte und konnte.“³⁷)

Daraus wird ersichtlich, daß es in der evangelischen Kirche auch andere Kräfte gibt, die nicht gewillt sind, sich vor den Karren der klerikal-militaristischen Politik der reaktionären und antinationalen westdeutschen Kirchenleitung spannen zu lassen. Diese Kräfte erkennen die Gefahr, die aus einer solchen Haltung für die deutsche Nation erwächst, und stellen sich auf die Seite der friedliebenden, demokratischen Kräfte in ganz Deutschland.

IV. Bewußtes christliches Handeln in nationaler Verantwortung

Von besonderer Bedeutung für alle christlichen Menschen und auch für die Kirchen ist die politische Tätigkeit der CDU in der Deutschen Demokratischen Republik. Sie betrachtet als ihre Hauptaufgabe „die Erziehung aller Unionsfreunde, aller christlichen Bürger unseres Staates zu sozialistischen Menschen, die mit klarem Kopf, freudigen Herzens und mit ihren fleißigen Händen die neue gesellschaftliche Ordnung in der DDR zum Siege führen und unserem Volk ein neues, befreites und glückliches nationales Dasein erringen helfen“³⁸).

Die gesamte politische Entwicklung unserer Partei von 1945 bis zur Gegenwart beweist, daß in ihr christliche Menschen das Bekenntnis der Christenheit, wie es in den Erklärungen von Stuttgart und Fulda zum Ausdruck kam, ernst genommen haben und gemeinsam mit den anderen demokratischen Kräften am Aufbau einer neuen Demokratie mitarbeiten. Dieses gemeinsame Handeln findet seine Verwirklichung in der aktiven Mitarbeit der Mitglieder und Funktionäre der CDU in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Sie haben erkannt, daß damit der Christ zugleich eine große nationale Aufgabe erfüllt und daß er seinen Platz an der Seite der Klasse einnehmen muß, die der Garant für die Entwicklung Deutschlands zu einer friedliebenden, demokratischen Nation ist: an der Seite der Arbeiterklasse.

Die Lösung der nationalen Frage ist dann verwirklicht, wenn die Kräfte, die die Verderber der deutschen Nation sind, der westdeutsche Imperialismus und Militarismus, überwunden und entmachtet sind. Das erfordert zugleich die Stärkung und Festigung unserer Republik. Deshalb setzen sich die Mitglieder der CDU für die Erfüllung des Produktionsaufgebotes ein, deshalb arbeiten sie an der Erfüllung der Volkswirtschaftspläne, deshalb leisten sie auch ihren Beitrag zum militärischen Schutz unserer Republik, deshalb stärken sie durch ihre gesellschaftspolitische Arbeit in der Nationalen Front die sozialistische Demokratie.

³⁷) Zit. nach „Evangelisches Pfarrerblatt“ Nr. 12/1962, S. 3

³⁸) „Alles für unseren Friedensstaat“. Bericht über die VIII. Sitzung des Hauptvorstandes der CDU, 1961, S. 165

Das Wirken und die politische Aktivität der Mitglieder der CDU strahlt aus auf das Verhalten der christlichen Bürger zu unserer Gesellschaftsordnung und zu unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat. Es wird damit bewiesen, daß die Christen im Sozialismus nicht nur eine Existenzberechtigung haben, sondern daß sie ihre gesellschaftlichen Grundanliegen erstmals in der Geschichte der Menschheit im breitesten Umfange verwirklichen können. Die Stellung, die der Christ in der sozialistischen Gesellschaftsordnung einnimmt, hängt von dem Grad seiner Mitarbeit bei der Lösung der Lebensfragen der Menschheit ab. Somit zeigt das Wirken unserer Partei den christlichen Menschen Westdeutschlands die Verlogenheit der antikommunistischen, klerikal-militaristischen Propaganda des westdeutschen Imperialismus von der „kommunistischen Gefahr für die Christenheit“ und weist ihnen die Perspektive der christlichen Existenz unter sozialistischen Bedingungen.

In stets zunehmendem Maße erkennen dank unserer ständigen politisch-ideologischen Arbeit immer mehr Christen in der Deutschen Demokratischen Republik, daß die Politik unserer Republik den Interessen der ganzen Nation dient, und gewinnen ein vertrauensvolles Verhältnis zu unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat, der die Zukunft der deutschen Nation verkörpert.



In diesem Zusammenhang ist die Begegnung vom 9. Februar 1961 von großer nationaler Bedeutung. Verantwortungsbewußt handelnde Christen zeigten, wo der Platz des Christen sein muß, der seinen Diesseitsauftrag ernst nimmt, nämlich an der Seite der Arbeiterklasse. Das Gespräch hob die Gemeinsamkeiten zwischen Christen und Marxisten hervor, ohne die Unterschiede in der geistig-weltanschaulichen Grundhaltung zu verwischen. Die falsche Frontstellung „Christentum gegen Marxismus bzw. Atheismus“ wurde in den Gesprächen als mit den Aufgaben des Christen in dieser Zeit unvereinbar dargestellt, und die Erkenntnis, daß der Christ heute an die Seite aller friedliebenden Kräfte gehört und damit gemeinsam mit der Arbeiterklasse um die Lösung der Lebensfragen der Menschheit bemüht sein muß, war das tragende Moment dieser Begegnung. Prof. Fuchs kleidete diese Erkenntnis in folgende Worte:

„Diejenigen jedoch, die die weltanschaulichen Unterschiede zwischen Christen und Marxisten als ein Hemmnis für dieses Ringen der humanistischen Kräfte darstellen; mehr noch: die den Antikommunismus und das christliche Zeugnis als identisch hinstellen und als ideologischen Kitt für das Erreichen ihrer menschenfeindlichen Ziele benützen möchten, handeln gegen die Interessen der Nation. Die friedliebenden Christen der Deutschen Demokratischen Republik, aber auch in der Bundesrepublik, erkennen indes immer mehr, welche Gefahren

das für die Erhaltung des Friedens heraufbeschwören müsse, sie wehren sich gegen jeden Mißbrauch ihres Glaubens im Dienste einer friedensfeindlichen Politik.“³⁹⁾

Die Begegnung ist damit eine wichtige Etappe für die Festigung der politisch-moralischen Einheit unseres Volkes und trägt zukunftsweisenden Charakter für die christlichen Menschen in ganz Deutschland. Der Christ, der seine Verantwortung vor der Nation ernst nimmt, muß sich mit allen friedliebenden, demokratischen Kräften im Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus und Militarismus zusammenschließen. Dabei setzt sich auch in christlichen Kreisen immer mehr die Erkenntnis durch, daß die Deutsche Demokratische Republik die Zukunft der deutschen Nation verkörpert. So fanden nach dem 9. Februar 1961 mehrere christliche Begegnungen statt, in denen das aktiv bejahende Verhältnis der Christen zu unserer Republik stärker als bisher zum Ausdruck kam.



Schon seit längerer Zeit finden immer wieder Tagungen von Theologen und Geistlichen statt, die sich mit der Stellung des Christen in unserer Zeit und unserer Gesellschaft beschäftigen. Ohne Zweifel stellte die Görlitzer Konferenz einen Höhepunkt dieser Begegnungen dar. Diese Veranstaltung zeigte eine größere Breite des Teilnehmerkreises, eine tiefere theologische Durchdringung der Probleme, eine klarere Konkretisierung ihrer politischen Entscheidung als die vorausgegangenen. Die beiden Hauptreferate des Dekans der Juristischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle, Prof. Dr. Reintanz, und des Theologie-Professors Dr. Haufe aus Leipzig nahmen einmal vom völkerrechtlichen, zum anderen vom theologischen Standpunkt Stellung zum Deutschen Friedensplan und betrachteten ihn als Ruf an die Christen zur Entscheidung, nämlich zur Entscheidung für die Friedenspolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Im Gegensatz zu manchen anderen Veranstaltungen ähnlicher Art wurde hier nicht nur eine allgemeine Loyalitätserklärung oder eine unverbindliche Deklamation abgegeben, sondern aus christlicher und nationaler Verantwortung eine konkrete Stellungnahme zu den politischen Maßnahmen unserer Republik. Das wurde deutlich im Hauptreferat von Prof. Dr. Haufe, der zu den Konsequenzen angesichts der Politik Westdeutschlands ausführte:

„Für uns Christen in der DDR gilt nun allerdings auf Grund der aggressiven Rüstung Westdeutschlands die Aufgabe, die Verteidigungskraft der DDR zu stärken. Sie ist ja nicht nur verpflichtet, ihre Bürger zu schützen, sondern

³⁹⁾ „Christen und Marxisten verbinden gemeinsame Ideale und Ziele“, a. a. O., S. 14

mit ihrer Existenz auch den Frieden in Europa. Wer das auch theologisch akzeptiert, vertritt deswegen keineswegs eine ‚Kriegstheologie‘. Der Krieg wird ja keineswegs als das Normale oder Wünschenswerte hingestellt, ja sogar die Verteidigung wird nur als ein notwendiges Übel bewertet, allerdings als ein notwendiges Übel, soll sie doch dem Schutz und dem Frieden dienen.“⁴⁰⁾

Diese Feststellung von Prof. Dr. Haufe fand ihre Ergänzung durch die Ausführungen von Prof. Dr. Reintanz, der vom Standpunkt des Völkerrechts zu dem gleichen Ergebnis kam:

„Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Bewegung der Völker für den Frieden und dem Völkerrecht, beide wirken aufeinander ein und fördern sich. Die schöne und gute Formel von Prag, Frieden durch Vertrauen und Verträge, wird sich verwirklichen lassen durch diese Einheit von Friedensbewegung und Völkerrecht ... Das Völkerrecht unserer Tage, das von dem Gedanken des Friedens und der Friedenssicherung beherrscht wird, macht es jedem Staat zur Pflicht, gegen Bedrohungen des Friedens einzuschreiten. Das Einschreiten vom 13. August rechtfertigt sich für die DDR aus ihren Verpflichtungen, die sich für sie aus dem Potsdamer Abkommen ergeben.“⁴¹⁾

Die Konferenz brachte nicht nur ihre Entscheidung für unseren Friedensstaat und seine Politik zum Ausdruck, sondern zugleich die Entscheidung gegen alle Versuche, „das Evangelium als Ideologie des Irredentismus, Antikommunismus und der Kriegsvorbereitung zu mißbrauchen“, wie es in dem dort verabschiedeten „Wort aus Görlitz“ heißt. Damit wenden sich die Theologen entschieden gegen die antinationalen Versuche des politischen Klerikalismus, die Christen in der Deutschen Demokratischen Republik als „fünfte Kolonne“ einzusetzen, um hier die Macht des Imperialismus und Militarismus wieder errichten zu können.

Zugleich wurde – und das zeigte die Diskussion ganz deutlich – die Plattform abstrakter und neutralistischer Positionen, wie sie von Theologen auf vorhergegangenen Veranstaltungen öfters vertreten worden sind, durch die Diskussionsredner selbst stärker eingeschränkt. Vielmehr zeigte sich, daß die in Görlitz anwesenden zweihundert Theologen den Fragen unserer Zeit viel aktiver gegenüberstanden als zuvor und in ihrem dort offen vertretenen Standpunkt viel stärker auf die Position der demokratischen Kräfte unserer Republik herangerückt sind, als das vorher zum Ausdruck gebracht worden ist. Zwei Beispiele aus den Diskussionsbeiträgen machen das deutlich. Pfarrer Rudolf Rüter, der auch am Gespräch vom 9. Februar 1961 teilgenommen hatte,

⁴⁰⁾ „Glaube und Gewissen“, Heft 3/1962, S. 46

⁴¹⁾ „Neue Zeit“ Nr. 270 vom 17. 11. 1961, S. 3

kennzeichnete diesen geistigen Wachstumsprozeß mit folgenden Worten:

„Ich denke doch, daß wir, die wir in diesem Raum versammelt sind, und – Gott möge es geben – viele darüber hinaus in der weiten Republik aus den Jahren des ersten Fragens und des ersten Mühens herausgewachsen sind. Für uns ist nicht mehr die Frage zu beantworten, ob und wie wir als Christen im Sozialismus leben können. Weil die erste Frage durch die Praxis beantwortet worden ist, stehen wir schon vor der nächsten, wie weit und wie groß der Umfang unserer Verantwortung auf diesem unserem Bauplatz sein kann und sein muß.“⁴²⁾

Zu dieser Mitverantwortung des Christen sprach in der Diskussion auch der wissenschaftliche Aspirant an der Theologischen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität, Eberhard Klages. Er ging aus von dem Inhalt und dem rechten Verständnis von Römer 13 und hob hervor:

„Unser Staat aber will keine Untertanen – er will verantwortungsbewußte Mitarbeiter, und wir Christen können ihm dankbar dafür sein. Auch das Evangelium will keine Zwangshandlungen, sondern freiverantwortlichen Dienst. Christliche Loyalität gegenüber unserem Staat äußert sich nicht in Untertanengehorsam, sondern in freier Mitarbeit, die sich auf Einsichten gründet ...

Einsicht in die fundierte Friedenspolitik unseres Staates führt dazu, daß wir Christen in der DDR nicht passive Untertanen bleiben, sondern aktive Mitarbeiter werden. Das erwarten nicht nur unsere marxistischen Freunde von uns – das verlangt auch das Evangelium, das kein Handeln aus Zwang will, sondern eine freiwillige Verantwortung auch in der politischen Diakonie von uns erwartet.“⁴³⁾

Die Referate und Diskussionen dieser bedeutsamen Theologen-Konferenz in Görlitz fanden ihr Ergebnis in dem „Wort aus Görlitz“, in dem der Inhalt und das Ergebnis dieser Beratungen in knapper und präziser Form zusammengefaßt wurde und das zeigt, von welcher großen nationalen Verantwortung diese Konferenz getragen war:

„Bewegt von der Sorge um die Erhaltung des Friedens und gewillt, einen entscheidenden Beitrag zu seiner Sicherung zu leisten, haben wir evangelischen Pfarrer aus der Deutschen Demokratischen Republik uns mit Mitarbeitern des Deutschen Friedensrates und christlichen Brüdern aus Polen, der UdSSR, der ČSSR, Rumänien, Ungarn und Bulgarien in Görlitz an der Oder-Neiße-Friedensgrenze getroffen, in der sich für uns die Summe der Folgerungen versinnbildlicht, die wir aus der Stuttgarter Schulderklärung von 1945 gezogen haben und die zu vollziehen uns der Wille zu guter Nachbarschaft treibt.

⁴²⁾ „Neue Zeit“ Nr. 274 vom 22. 11. 1961, S. 5

⁴³⁾ „Neue Zeit“ Nr. 276 vom 25. 11. 1961, S. 5

Friede durch Vertrauen und Verträge, Friede durch Entspannung und Abrüstung — von diesem Willen beseelt, haben wir in Görlitz den Friedensplan der Deutschen Demokratischen Republik besprochen und in ihm den Weg gefunden, den wir zu gehen haben, wenn wir am Frieden nicht von neuem schuldig werden wollen.

Wir versagen uns jeder Versuchung, der Unbedingtheit unserer Verpflichtungen auszuweichen, und treten jedem Versuch entgegen, das Evangelium als Ideologie des Irredentismus, Antikommunismus und der Kriegsvorbereitung zu mißbrauchen. Worte für den Frieden genügen heute nicht mehr. Als Bürger der Deutschen Demokratischen Republik stellen wir unserem Staat alle Kräfte zur Verfügung, deren er bedarf, um seine Friedenspolitik verwirklichen zu können. Das ist unsere Entscheidung.“⁴⁴⁾

★

Die Erklärung des Rates der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin über die staatsbürgerliche Verantwortung des Christen ist ein weiterer Beweis für die Tatsache, mit welchem Ernst und welchem Verantwortungsgefühl christliche Menschen zu den Lebensfragen unserer Nation Stellung nehmen. Das wird bereits in den einleitenden Worten der Erklärung klar ausgedrückt:

„Da der Christ durch seinen Glauben gewiesen ist, der Stadt Bestes zu suchen, und also von der Wahrnehmung seiner staatsbürgerlichen Verantwortung im demokratischen Staat nicht entbunden werden kann, weiß die Theologische Fakultät sich für die politisch-gesellschaftliche Erziehung der ihr anvertrauten Studenten verantwortlich.“⁴⁵⁾

Es ist kennzeichnend sowohl für die Görlitzer Tagung wie auch für diese Erklärung, daß beide nicht bei unverbindlichen Loyalitätserklärungen stehenblieben, sondern konkret Stellung nahmen zu politischen Maßnahmen unserer Republik. Beide zeigten, wie verantwortungsbewußt handelnde Theologen auf die Konsequenzen des 13. August 1961 reagierten. Dabei bezog die Theologische Fakultät die nationale Position der friedliebenden Deutschen Demokratischen Republik und erklärte,

„daß die DDR wie jeder andere Staat die Aufgabe hat, sich selbst zu verteidigen, und daß sie gerade gegenwärtig verpflichtet ist, mit ihrer eigenen Existenz den Frieden in Europa zu sichern“.

Von da aus gab sie den Theologiestudenten, aber darüber hinaus jedem jungen Christen klare Antwort auf die Frage nach dem Verhalten zum Verteidigungs- und zum Wehrpflicht-

⁴⁴⁾ „Neue Zeit“ Nr. 269 vom 16. 11. 1961, S. 1

⁴⁵⁾ „Evangelisches Pfarrerblatt“ Heft 5/1962, S. 74

gesetz. Damit nahm sie entschieden eine entgegengesetzte Position zu manchen reaktionären kirchenleitenden Kreisen ein, die zwar das westdeutsche Wehrpflichtgesetz befürworteten oder zumindest stillschweigend billigten, aber beim Wehrpflichtgesetz der DDR sich plötzlich auf einen „grundsätzlichen Pazifismus“ besinnen und die Christen in DDR vom Wehrdienst abzuhalten versuchen. Die Berliner Theologische Fakultät geht demgegenüber von der Pflicht der DDR aus, ihre eigene Existenz und den Frieden in Europa zu schützen, und gelangt zu dem Ergebnis:

„Aus dieser Sicht heraus versteht sie auch den Dienst in den nationalen Streitkräften der DDR und ist der Meinung, daß Christen, die diesen Dienst ebenso verstehen, bei ihrer Beteiligung am Schutz unseres Staates ein gutes Gewissen haben können.“⁴⁶⁾

Denn der bewaffnete Schutz der DDR dient nicht der Eroberung und Unterdrückung anderer Völker im Interesse des Monopolkapitals und des Militarismus, sondern der Erhaltung des Friedens und des Lebens unserer Bevölkerung. Der Wehrdienst ist daher für den Christen eine hohe staatsbürgerliche Pflicht. Das ist das Anliegen der Erklärung der Berliner Theologischen Fakultät. Dazu führte der Dekan der Fakultät, Prof. D. Fascher, auf der Begegnung anläßlich des ersten Jahrestages des Gesprächs vom 9. Februar 1961 in Leipzig aus:

„Der überzeugte Christ kann nur dann bei einem Nichtchristen Achtung finden, wenn er in der Erfüllung seiner staatsbürgerlichen Pflichten nicht hinter ihm zurückbleibt. Darum kann er sich, so meinte die Fakultät, mit gutem Gewissen dem Wehrdienst unterziehen, wenn er ihn als Schutzmittel für das mühsam Erarbeitete und das für die Zukunft noch Erstrebte versteht.“⁴⁷⁾

Damit ist die Erklärung der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität über die staatsbürgerliche Verantwortung des Christen ein Zeugnis dafür, wie heute christliche Wissenschaftler aus ihrer nationalen Verantwortung heraus Partei ergreifen für die Deutsche Demokratische Republik, den deutschen Friedensstaat. Für diese Theologen gilt ebenso wie für die Theologen der Görlitzer Konferenz, für die dem gesellschaftlichen Fortschritt aufgeschlossenen Christen — repräsentiert durch die Teilnehmer des Gesprächs vom 9. Februar 1961 — wie überhaupt für alle in der Nationalen Front aktiv handelnden christlichen Menschen die Feststellung des Nationalen Dokuments über die fortschrittlichen Kräfte des Bürgertums:

Gemeinsam mit der Arbeiterklasse bauen sie den Sozialismus auf in der richtigen Erkenntnis, daß der sozialistische

⁴⁶⁾ ebenda

⁴⁷⁾ „Gemeinsame Verantwortung für eine friedliche Zukunft“. Herausgegeben von der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union, Berlin 1962, S. 33

*deutsche Staat die Zukunft der ganzen Nation verkörpert, daß nur durch den Sieg des Friedens und des Sozialismus in ganz Deutschland die nationale Frage gelöst werden kann.*⁴⁸⁾

Die Zahl der christlichen Menschen, die für die nationale Wiedergeburt Deutschlands eintreten, wird auch in Westdeutschland immer größer, je mehr der friedensfeindliche und antinationale Kurs der Bonner Regierung, des ausführenden Organs der westdeutschen Imperialisten und Militaristen, offensichtlich geworden ist. Das zeigte sich bereits 1950 im Rücktritt des damaligen Bonner Innenministers Heinemann — der zugleich Präses der Synode der EKD war — aus Protest gegen die beginnende Bonner Remilitarisierungspolitik. Seit dieser Zeit haben immer wieder bekannte christliche Politiker Westdeutschlands vor den gefährlichen Folgen der verderblichen Politik der Adenauer-CDU gewarnt und haben dieser Partei den Rücken gekehrt; einige von ihnen, wie Dr. Dr. Gereke, Schmidt-Wittmack und Prof. Hagemann, haben erkannt, daß die wahren Anliegen der deutschen Nation nur in der Deutschen Demokratischen Republik vertreten werden, und sind deshalb Bürger unserer Republik geworden.⁴⁹⁾

Neben christlichen Einzelpersonlichkeiten fordern aber auch größere Gruppen christlicher Menschen von der Bonner Regierung eine echte nationale Politik, die getragen sein soll vom Geiste des Friedens und der Verständigung. Hier sind vor allem die Kirchlichen Bruderschaften zu nennen. Die heute in Deutschland bestehenden bruderschaftlichen Gruppen sind zum großen Teil Nachfolgeverbände von Zusammenschlüssen der Bekennenden Kirche aus der Zeit des Kampfes der Kirche gegen den Faschismus, teilweise sind sie auch nach 1945 neu entstanden. Es soll an dieser Stelle nicht auf die theologischen Unterschiede zwischen den Bruderschaften und der EKD eingegangen werden; vielmehr soll gesagt werden, welche aus christlicher Verantwortung entspringende Haltung die Kirchlichen Bruderschaften zu den Lebensfragen der Nation und der Menschheit einnehmen.

Dabei ist deutlich, wie die progressiven Kräfte in den Kirchlichen Bruderschaften an die positiven Traditionen der Bekennenden Kirche anknüpfen, besonders wenn man die Thesen der Theologischen Erklärung von Barmen 1934 mit der Frankfurter Theologischen Erklärung der Kirchlichen Bruderschaften von 1958 vergleicht. Hierbei ist These 5 von Barmen hervorzuheben, in der es am Anfang über die Aufgaben des Staates heißt:

⁴⁸⁾ „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik . . .“, a. a. O., S. 19

⁴⁹⁾ Über die oppositionellen Kräfte vgl. H. Kalb / A. Niggemeier / K.-H. Puff, Weg und Ziel der Adenauer-CDU. Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik, „Hefte aus Burgscheidungen“ Nr. 58, S. 8/9

„Die Schrift sagt uns, daß der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht gelösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen.“⁵⁰⁾

Hieran knüpft auch die Theologische Erklärung von Frankfurt an, wenn sie im III. Abschnitt feststellt:

„Das neue Leben aus dem Evangelium Jesu Christi schließt in sich die tätige Mitverantwortung der Gemeinde wie des einzelnen für die Erhaltung menschlichen Lebens und darum auch für die durch Gottes Geduld ermöglichte Einrichtung menschlicher Rechtsordnungen. Der christliche Glaube erkennt den Staat an als von Gott in seiner Gnade gebrauchtes Mittel zur Erhaltung des Lebens der Menschen, denen das Evangelium gepredigt werden soll bis zum Ende der Tage. Die Mitverantwortung der Christen für den Staat besteht darin, durch die Verkündigung und das ihr entsprechende Handeln die Träger der Staatsgewalt an ihren Auftrag zur Erhaltung des menschlichen Lebens zu erinnern, ihnen bei der Erfüllung ihrer Aufgabe zu helfen und sie von dem Mißbrauch der Macht zu bewahren.“⁵¹⁾

Die Kirchlichen Bruderschaften traten nach 1945 vor allem in Westdeutschland in Erscheinung, und zwar kam aus ihren Kreisen der heftigste kirchliche Widerstand gegen die Remilitarisierung und die Atomkriegspolitik der Bonner Regierung. Der Beschluß des Bundestages, die Bundeswehr mit Atomwaffen auszurüsten, brachte die verantwortungsbewußten Kreise der Kirchlichen Bruderschaften in Bewegung, zumal die Synode der EKD einer klaren Stellungnahme auf Anfragen der Bruderschaften ausgewichen war und an ihrer Zweigleisigkeit festhielt. So kam es zu der Frankfurter Erklärung der Kirchlichen Bruderschaften. Sie lehnt kategorisch die Anwendung von Massenvernichtungsmitteln ab:

„In der Wahrnehmung solcher Mitverantwortung müssen wir bekennen: Die Einbeziehung von Massenvernichtungsmitteln in den Gebrauch staatlicher Machtandrohung und Machtausübung (deutlich ist hier die Anknüpfung an Barmen 5 zu sehen — R. B.) kann nur in faktischer Verneinung des Willens des seiner Schöpfung treuen und den Menschen gnädigen Gottes erfolgen. Ein solches Handeln ist christlich nicht vertretbar. Der Standpunkt der Neutralität in dieser von uns als Sünde erkannte Sache ist mit dem Bekenntnis zu Jesus Christus unvereinbar. Jeder Versuch, solches Handeln und solche Neutralität theologisch zu rechtfertigen, wird zur Irrlehre, bewirkt Verführung und setzt den Willen des dreieinigen Gottes außer Geltung.“⁵²⁾

⁵⁰⁾ Zit. nach: Evangelisches Pfarrerblatt 8/1961, S. 187

⁵¹⁾ Hanfried Müller, „Die Frankfurter Theologische Erklärung der Kirchlichen Bruderschaften vom 4. 10. 1958“, „Hefte aus Burgscheidungen“ Nr. 10, S. 4/5

⁵²⁾ ebenda, S. 5

Diese Sorge um die Mitverantwortung des Christen ist es, die die Kirchlichen Bruderschaften immer wieder die Frage nach den Aufgaben der Christen in unserer Zeit und in beiden deutschen Staaten aufwerfen läßt. Sie sind deshalb zu einer klaren Ablehnung der Obrigkeitsschrift von Bischof Dibelius gelangt, die von ihnen als „falsche Lehre“ qualifiziert wurde; und viele ihrer hervorragenden Vertreter – wie Niemöller, Mochalski, Werner, Kloppenburg u. a. – begnügen sich nicht mit einer theoretischen Ablehnung der Atomwaffen, sondern unterstützen alle Aktionen, die gegen die Atomwaffen gerichtet sind.

Deshalb stehen Vertreter der Bruderschaften mit an der Spitze der Ostermärsche in Westdeutschland, die trotz aller Schikanen und Diffamierung in diesem Jahr wieder Tausende von verantwortungsbewußt denkenden und handelnden Menschen Westdeutschlands erfaßten, unter ihnen auch zahlreiche Christen. Bereits der Ostermarsch 1961 wurde von den Kirchlichen Bruderschaften aktiv unterstützt. Oberkirchenrat Kloppenburg gab am 6. März 1961 folgende Mitteilung an die Kirchlichen Bruderschaften:

„Wir haben in Frankfurt Kenntnis genommen von dem Plan der Ostermärsche und haben Bruder Mochalski zum Verbindungsmann mit dem Veranstalterkreis bestellt. Ich selber gehöre dem Präsidium dieser Ostermärsche an. Nach wie vor bin ich erfreut über die Klarheit, menschliche und politische Sauberkeit der jungen Menschen, die hinter diesen Ostermärschen stehen. Auch wer von Demonstrationen im allgemeinen nicht viel hält (ich persönlich habe keine besondere Liebe dafür), wird nicht daran vorbei können, daß hier staatsbürgerliches Verantwortungsbewußtsein die Veranstalter treibt, die Stimme der Mahnung und Warnung aufzunehmen, die in den letzten Monaten in der Bundesrepublik immer schwächer geworden ist.“⁵³⁾

Der Zentrale Ausschuß für den Ostermarsch der Atomwaffengegner 1962 gab folgende konkrete politische Zielsetzung:

„Die Bundesrepublik soll an ihrem Platz alles tun, damit eine Welt ohne Furcht und Haß, ohne Krieg und Unterdrückung entsteht. Die Bundesrepublik soll daher konkrete Vorschläge zur Entspannung und Abrüstung ausarbeiten und propagieren. Sie soll den Willen zu Verhandlungen aufbringen, in denen die Bereitschaft zu einer vernünftigen und auch für ihre Nachbarn annehmbaren Politik zum Ausdruck kommt.“⁵⁴⁾

Die Leitung des Ostermarsches erhielt viele Solidaritäts- und Grußbotschaften von mehreren Geistlichen und der Kirchlichen Bruderschaft Westfalen. Zahlreiche Geistliche ergriffen auf den Kundgebungen am Ende des Marsches das Wort. So

⁵³⁾ „Stimme der Gemeinde“ Nr. 7/1961, Sp. 223

⁵⁴⁾ „Stimme der Gemeinde“ Nr. 7/1962, Sp. 221

forderte Pfarrer Dr. Freudenberg auf der Kundgebung auf dem Frankfurter Römerberg, an der etwa 8000 Menschen teilnahmen, die westdeutschen Politiker auf:

„Werdet Realisten, die der wahren, für uns recht bescheidenen Lage Rechnung tragen. Versäumt keine Gelegenheiten, Beiträge zur Entspannung zu leisten.“

Und die Kundgebungsteilnehmer und alle westdeutschen Menschen rief er auf:

„Helft uns, Mitbürger, wir wollen vereint etwas Tapferes für den Frieden tun.“⁵⁵⁾

★

Die antinationale Politik der Bonner Regierung stößt auf den Widerspruch einer immer größer werdenden Zahl von Bürgern Westdeutschlands unabhängig von ihrer sozialen Stellung und ihrer religiösen oder weltanschaulichen Haltung. So haben auch christliche Menschen, die sich bisher nicht kritisch zu den Maßnahmen Bonns im Interesse der westdeutschen Imperialisten und Militaristen äußerten, jetzt während ihre Stimme erhoben. Besonderes Aufsehen hat in Westdeutschland das Memorandum erregt, das acht bekannte protestantische Persönlichkeiten, unter ihnen Präses D. Beckmann aus Düsseldorf, Intendant Klaus von Bismarck und die Professoren Dr. Werner Heisenberg, Dr. Carl Friedrich Freiherr von Weizsäcker und Dr. Ludwig Raiser, in Tübingen ausgearbeitet haben. Diese Persönlichkeiten haben erkannt, welche Gefahr die Bonner Politik für den Bestand der Nation bedeutet, und deshalb klagen sie an:

„Wir können keine der politischen Parteien von dem Vorwurf freisprechen, daß sie dem Volk die Wahrheit, die es wissen muß, vielfach vorenthalten und statt dessen das gesagt haben, wovon sie meinten, daß man es gern hört. Man hat zu oft fiktive Positionen aufgebaut, sich mit taktischen Erfolgen begnügt und den Ernst unserer Lage am Rande der westlichen Welt verschleierte ... So können Lagen entstehen, in denen die Politiker darauf angewiesen sind, daß auch Staatsbürger, die selbst nicht im aktiven politischen Leben stehen, auf vordringliche politische Notwendigkeiten hinweisen. Dieses Ziel hat die Unterzeichner dieses Memorandums zusammengeführt.“⁵⁶⁾

Dieser Vorwurf gilt insbesondere der Bonner Außenpolitik und der Rüstungspolitik. Außenpolitisch kritisieren die Unterzeichner des Tübinger Memorandums, daß die Außenpolitik „zu einseitig defensiv“ sei, mit anderen Worten zu starr und zu wenig konstruktiv. Dabei ist allerdings ersichtlich, daß die Verfasser des Tübinger Memorandums sich durchaus nicht von der politischen Propaganda des Bonner Regimes distanzieren,

⁵⁵⁾ „Neue Zeit“ Nr. 96 vom 25. 4. 1962, S. 1

⁵⁶⁾ „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ Nr. 50 vom 28. 2. 1962, S. 11

indem sie den Charakter und die Bedeutung der Deutschen Demokratischen Republik für die Zukunft Deutschlands, so wie sie im nationalen Dokument dargelegt worden ist, nicht verstehen und statt dessen ebenfalls „Selbstbestimmungsrecht“ für die Deutschen in der DDR sowie die „Freiheit“ Westberlins fordern, ohne zu erwähnen, daß sowohl von der DDR wie auch von der Sowjetunion der Vorschlag einer Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte Freie Stadt längst vorgelegt worden ist. Es soll dabei festgestellt werden, daß sie im Gegensatz zu den Bonner Politikern von der realen Existenz der Deutschen Demokratischen Republik ausgehen. Auf jeden Fall erkennen sie aber die Gefahr, die von der expansiven und aggressiven westdeutschen Außenpolitik ausgeht. Zugleich sehen sie, daß diese Politik die Beziehungen zu den NATO-Partnern verschärfen wird, was augenblicklich durch die Spannungen zwischen Bonn und Washington wegen der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Deutschlandfrage sichtbar wird. Im Tübinger Memorandum heißt es dazu:

„Die internationale Diskussion der letzten Monate hat gezeigt, daß auch unsere unabdingbaren Rechte durch diese Politik in der Weltöffentlichkeit in ein zweifelhaftes Licht gerückt worden sind. Die (west-)deutsche Position in der gegenwärtigen Krise wurde dadurch geschwächt, daß wir an Ansprüchen festgehalten haben, die auch bei unseren Verbündeten keine Zustimmung finden. Wir sagen nichts Neues, wenn wir die Ansicht aussprechen, daß zwar die Freiheit der in (West-)berlin lebenden Menschen ein von der ganzen Welt anerkanntes Recht ist, daß aber das nationale Anliegen der Wiedervereinigung in Freiheit heute nicht durchgesetzt werden kann und daß wir den Souveränitätsanspruch auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie werden verlorengelassen müssen.“⁵⁷⁾

Damit stellen diese prominenten Protestanten – gewollt oder ungewollt – fest, daß die Bonner Politik der „Wiedervereinigung in Freiheit“ im Sinne der Imperialisten und Militaristen Westdeutschlands – also der Annexion der DDR an die Bundesrepublik und die NATO sowie der gewaltsamen „Befreiung“ der westpolnischen Gebiete – zum Scheitern verurteilt ist. Es ist bezeichnend für den Prozeß des Umdenkens bei einem großen Teil der westdeutschen Bevölkerung, daß in diesem Memorandum christliche Persönlichkeiten, die durchaus nicht in dem Ruf stehen, „prokommunistisch“ eingestellt zu sein, oder als „linke Schwärmer“ betrachtet werden, warnend ihre Stimme erheben vor den Folgen dieser Politik für das Schicksal der Nation. Sie kritisieren nicht nur, sondern sie zeigen auch Wege einer konstruktiven, realistischen Politik. So schlagen sie vor:

„Als das wichtigste Beispiel für Möglichkeiten einer aktiven Außenpolitik nennen wir die Normalisierung der

57) ebenda

politischen Beziehungen zu den östlichen Nachbarn Deutschlands. Ohne sie ist eine dauerhafte Lösung der Grundprobleme der deutschen Politik nicht denkbar ...“⁵⁸⁾

Selbstverständlich stieß eine solche Meinung auf den heftigsten Widerspruch der Bonner Imperialisten und vor allem der Führer der Revanchistenverbände. So wies der Präsident des „Bundes der Vertriebenen“, Hans Krüger (CDU), die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze mit „äußerstem Befremden“ zurück und erklärte, ein solches Ansinnen sei „Verrat an den Grundsätzen des Völkerrechtes (!) und der Menschenrechte einschließlich des gottgegebenen (!) Rechtes auf die Heimat und auf freie Selbstbestimmung der Völker“.⁵⁹⁾ Offensichtlich entsprechen aber nach Herrn Krüger eine kriegerische Annexion westpolnischer Gebiete und die Vertreibung der polnischen Bevölkerung aus diesen Gebieten dem Völkerrecht, dem Selbstbestimmungsrecht und dem „gottgegebenen Recht auf die Heimat“. Das ist ein typisches Beispiel dafür, wie demagogisch die Begriffe von Recht und Glauben für die Interessen der alten Verderber unserer Nation und der Menschheit verkehrt und mißbraucht werden.

Aber auch offizielle Vertreter der Regierung und der Adenauer-CDU äußerten sich dazu entsprechend. So erklärte der schleswig-holsteinische Ministerpräsident von Hassel (CDU), er könne als Regierungschef von Schleswig-Holstein, dem „Patenland“ von Pommern, zu „solch gefährlichen Äußerungen“ nicht schweigen. Die Hypothese, Deutschland könne durch den Verzicht auf die Ostgebiete der Wiedervereinigung näherkommen, sei illusionär.⁶⁰⁾

Darüber hinaus wendet sich das Memorandum gegen das „Streben nach einer nationalen oder europäischen Atomrüstung“, d. h. gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen, die als „militärisch illusorisch und politisch gefährlich“ bezeichnet wird. Freilich muß dazu kritisch gesagt werden, daß die im Memorandum erhobene Forderung, auf Machtpolitik zu verzichten, verbunden wird mit der Konzeption einer „möglichst reibungslosen Eingliederung in die westliche Rüstungs- und Verteidigungsplanung“, das heißt also dem Festhalten an der NATO-Politik und den Pariser Verträgen. Aber immerhin ist beachtenswert, daß hier diese christlichen Persönlichkeiten, deren Namen Gewicht in der westdeutschen Öffentlichkeit haben, versuchen, die herrschenden Kreise Bonns zu einer vernünftigen und realistischen Politik zu bewegen. Diese Seite kennzeichnet die Züricher Zeitung „Die Tat“ mit folgenden Worten:

58) ebenda

59) „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 26. 2. 1962

60) „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 27. 2. 1962

„Darum kommt dem Hervortreten dieser kleinen, aber durch das Niveau ihrer Mitglieder bedeutsamen Gruppe ein symptomatischer Wert zu: Zum erstenmal werden in dem Memorandum der Acht gewisse Gedanken, die schon von einer Reihe unabhängiger Publizisten da und dort entwickelt worden sind, von namhaften Gelehrten aufgegriffen und in direktem Dialog mit den Exponenten der maßgebenden politischen Kräfte zur Debatte gestellt. Man wird die unmittelbare Wirkung der Denkschrift freilich nicht überbewerten dürfen: sie ist nicht mehr als ein Signal. Aber als solches verdient sie verzeichnet und ernst genommen zu werden, auch über Deutschland hinaus.“⁶¹⁾

So verdienstvoll die Absichten der Tübinger Acht sind – gerade bei ihnen wird deutlich: Jedes Auftreten bürgerlich-demokratischer Kräfte in Westdeutschland gegen die militaristische und antinationale Politik der Bonner Imperialisten wird zunichte werden, wenn es nicht von zwei wesentlichen Erkenntnissen geleitet wird. Einmal ist es die Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns mit der Arbeiterklasse, die auch in Westdeutschland berufen ist, Führerin im nationalen und sozialen Befreiungskampf zu sein. Für sie trifft die Feststellung des nationalen Dokuments über die ehrlichen, fortschrittlichen, demokratischen und patriotischen Vertreter des deutschen Bürgertums zu:

*„Im Geiste der humanistischen Traditionen sind sie gegen den imperialistischen Strom geschwommen. Sie suchten ehrlich nach einem demokratischen Weg, nach einer Vertretung der wahren Interessen der deutschen Nation. Aber sie scheiterten und mußten scheitern, weil sie sich nicht mit den klassenbewußten deutschen Arbeitern verbanden, die imstande gewesen wären, das ganze Volk auf einen anderen, glücklicheren Weg zu führen.“*⁶²⁾

Die andere notwendige Erkenntnis, die aber bei diesen Kräften in Westdeutschland nur erst unklar oder noch gar nicht vorhanden ist, ist das Verständnis für die Bedeutung der Deutschen Demokratischen Republik als des entscheidenden Faktors für die nationale Wiedergeburt Deutschlands. Diese antiimperialistischen Kräfte Westdeutschlands müssen erkennen, daß die DDR kein Provisorium ist, sondern ein Staat, der die friedliche, demokratische Zukunft ganz Deutschlands mit sozialistischer Perspektive verkörpert. Damit dient seine Politik den Interessen aller friedliebenden, demokratischen und patriotischen Kräfte – auch unter der Christenheit in Westdeutschland.

Diese Bedeutung unserer Republik wird im nationalen Dokument ausführlich erläutert. In diesem Zusammenhang heißt es dort:

⁶¹⁾ „Die Tat“, Zürich, vom 27. 2. 1962

⁶²⁾ „Die geschichtliche Aufgabe...“, a. a. O., S. 18

*„Dieser erste sozialistische Staat des deutschen Volkes hat die imperialistische Vergangenheit überwunden und ist der Zukunft, einer Welt des Friedens und des Sozialismus zugewandt. Er fühlt sich eng verbunden mit der großen Zahl westdeutscher Bürger, die tapfer und unter großen persönlichen Opfern den Kampf um Frieden, Demokratie, Humanismus und Sozialismus in der imperialistischen westdeutschen Bundesrepublik führen.“*⁶³⁾



Die friedliebenden, demokratischen und patriotischen christlichen Kräfte in der Deutschen Demokratischen Republik haben diese Lehren aus der Geschichte beherzigt. Sie scharen sich in vertrauensvoller Verbundenheit um die Arbeiterklasse und ihre Partei im gemeinsamen Ringen um die nationale Wiedergeburt Deutschlands und legen mit Hand an bei der Vollendung des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik in der Erkenntnis, daß der Sieg des Sozialismus in unserer Republik im nationalen Interesse des ganzen deutschen Volkes liegt. Das haben die christlichen Begegnungen und Konferenzen der letzten Monate und Jahre in zunehmendem Maße gezeigt.

Die nationale Verantwortung des Christen verdeutlichte der von der X. Hauptvorstandssitzung der Christlich-Demokratischen Union von der Wartburg erlassene „Ruf an die Christen“, der – aufbauend auf dem nationalen Dokument – jedem Christen in ganz Deutschland Richtschnur für sein nationales Handeln sein soll. Folgende Sätze fassen die große nationale Verantwortung des Christen treffend zusammen:

„Christliches Anliegen sollte es wahrlich sein, einander anzuhören und gemeinsame Wege zu gehen, um zu einer Verständigung zu gelangen.“

Christliches Anliegen muß es sein, alle Kraft für die Erhaltung des Friedens einzusetzen und deshalb für die Abrüstung und für die militärische Neutralität unserer beiden deutschen Staaten sowie für die Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa einzutreten.

Christliches Anliegen verlangt, daß den Imperialisten und Militaristen, die das deutsche Volk einer neuen Katastrophe auszuliefern bereit sind, die Macht genommen wird.

Christlichem Anliegen entspricht es, daß dem arbeitenden Menschen auch sein voller Anteil an den von ihm geschaffenen Werten zukommt.

Wir Christen in der DDR haben uns mit allen anderen demokratischen und humanistischen Kräften unter der Führung der Arbeiterklasse verbunden, weil nur so unserem Volk

⁶³⁾ ebenda, S. 7

Frieden und Glück zuteil werden können. Gemeinsam bauen wir mit unserer Republik das Beispiel für das künftige einheitliche, friedliebende und demokratische Deutschland.

Darum unser Ruf:

Macht Euch mit dem nationalen Dokument vertraut und schöpft daraus die Erkenntnis, was von Euch getan werden muß!

Geht als aufrechte Christen und als gute Deutsche mit uns den Weg des Friedens und der Verständigung, den Weg zur Rettung der deutschen Nation!⁶⁴⁾

⁶⁴⁾ (Neue Zeit“ Nr. 112 vom 16. 5. 1962, S. 1/2

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 2 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Ökumene und Weltfriedensbewegung
- 6 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands
- 8 Günter Wirth: „Europäische Einigung“ oder Europa des Friedens?
- 10 Dr. Hanfried Müller: Die Frankfurter Theologische Erklärung der Kirchlichen Bruderschaften vom 4. Oktober 1958
- 11/12 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Berlin — nicht Frontstadt, sondern Friedensstadt
- 15 Edmond Meclewski: Die polnischen Westgebiete — Eine demographische Untersuchung
- 16 Prof. Dr. Johannes Leipoldt: Ewiger Friede ist keine Utopie
- 17 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: NATO — die Heilige Allianz des 20. Jahrhunderts
- 18 Hubert Faensen: Die künstlerische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 19 Gertrud Illing: Der 20. Juli 1944
- 20 Gerald Götting: Die Bewährung christlicher Existenz im Aufbau des Sozialismus
- 22 Zehn Jahre DDR — zehn Jahre steten wirtschaftlichen Aufstiegs
- 23 Herbert Trebs: Sozialistische Kulturrevolution und christlicher Glaube
- 24 Günter Wirth: Zur Politik der Christlich-Demokratischen Union 1945 bis 1950
- 26 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Afrika — Einige seiner Probleme
- 27 Duong-Van-Dam: Die Lage des Katholizismus in Vietnam
- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 45 Werner Meinecke: Die Verflechtung mit der Macht als aktuelle Bedrohung der Kirche
- 48 Dr. Harald-Dietrich Kühne: Atomare Aufrüstung und Lebenslage
- 50 Carl Ordnung: Die Kirche vor der sozialen Frage
- 53 Alwin Schaper: Der Gottesfrieden — Rückblick und Ausschau
- 54 Prof. Dr. Amedeo Molnár: Johannes Hus, der Wahrheitsverteidiger

- 56 Gerald Götting: Afrika den Afrikanern! — Zur Freiheitsbewegung der afrikanischen Völker
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU — Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 59 Siegfried Welz: Der algerische revolutionäre Befreiungskrieg
- 60 Gertrud Illing: Das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus im Bonner Staat und die Rolle der Adenauer-CDU
- 61 Hans Zillig: Der Christ in der sozialistischen Landwirtschaft
- 62/63 Alwin Schaper: Der nationale Gedanke und der Kampf für den Frieden
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 67 Christen und Marxisten verbinden gemeinsame Ziele und Ideale — Das Gespräch des Vorsitzenden des Staatesrates, Walter Ulbricht, mit einer Delegation von Theologen, kirchlichen Amtsträgern und christlichen Bürgern am 9. Februar 1961
- 68 Alwin Schaper: Antikommunismus — Instrument der Kriegsvorbereitung
- 69 Johannes Zukertort: Das moralische Schuldkonto des deutschen Generalstabes in der Zeit des Faschismus
- 70 Dr. Helmut Roob: Erbe und Vorbild — Der frühbürgerliche Humanismus in der Sicht unserer Zeit
- 71 Siegfried Welz: Kubas Weg in die Freiheit
- 72 Dipl. oec. Erwin Krubke: „Christliche“ Gewerkschaftspolitik im Dienst antinationaler und antisozialer Bestrebungen der deutschen Großbourgeoisie
- 73 Professor Dr. Josef Hromádka: Friede auf Erden — Hauptreferat auf der I. Allchristlichen Friedensversammlung (13. bis 18. Juni 1961 in Prag)
- 74 Pfarrer Károly Tóth: Die Bedeutung der Ersten Allchristlichen Friedensversammlung vom Juni 1961 in Prag
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn — Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 78 Gerald Götting: Die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Neuorientierung der Christenheit in Deutschland. — Die Kirchen und das Nationale Dokument
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig

Verkaufspreis 0,50 DM

Doppelheft 1,— DM